

# EINWOHNERRAT BRUGG

## PROTOKOLL

der Sitzung des Einwohnerrates  
vom 4. September 2020, 19.30 Uhr, im Campussaal

\* \* \*

### Traktanden:

1. Inpflichtnahme von Noah Zurfluh (SP) aufgrund des Rücktrittes von Karin Schödler
2. Einbürgerungen
3. Investitionsbeitrag für eine Weihnachtsbeleuchtung
4. Planungskredit für den Aaresteg Umikerschachen
5. Anpassung des im Jahre 2019 bewilligten ICT-Budgets der Schule Brugg; Nachtragskredit für die Ausrüstung der Oberstufenklassen mit iPads
6. Schaffung einer Personalfachstelle (80 %) und Stellenprozente für die Kommunikation (20 %) per 1. Januar 2021
7. Erhöhung der Stellenpensen beim Regionalen Zivilstandsamt
8. Bericht und Antrag betreffend Förderung der Bewegungs- und Sportmöglichkeiten

9. Postulat David Hunziker betreffend Wartehäuschen für Fahrgäste bei der Bushaltestelle Bahnhof/Campus (wird vom Stadtrat abgelehnt)
10. Postulat Titus Meier betreffend Gebührenerlass für die Nutzung des öffentlichen Grunds durch Brugger Gewerbetreibende (wird vom Stadtrat entgegengenommen)
11. Interpellation Miro Barp betreffend Stand der Umsetzung Motion zur Neugestaltung des Eingangsbereichs im Stadion Au vom 18. März 2018
12. Postulat Urs Bürkler betreffend Stellungnahme des Stadtrates zum Eintrag der Zentrumsentlastung Brugg (OASE) in den Richtplan auf Stufe Festsetzung (wird vom Stadtrat abgelehnt)
13. Postulat Markus Lang betreffend Information der Öffentlichkeit in Bezug auf Vernehmlassungsantworten des Stadtrates (wird vom Stadtrat entgegengenommen)
14. Postulat David Hunziker betreffend Campus-Passage (wird vom Stadtrat entgegengenommen)

\* \* \*

Vorsitz: Rita Boeck, Präsidentin  
Aktuar: Matthias Guggisberg, Stadtschreiber  
Stimmzähler: Samuel Moor und Matthias Rüede

\* \* \*

Präsenz: Es sind 49 Mitglieder anwesend. Entschuldigt hat sich Herr Adrian Wegmüller.

\* \* \*

Das Protokoll der Sitzung vom 19. Juni 2020 wird nicht zur Verabschiedung vorgelegt. Es gingen Einwände ein, wonach eine Aussage zu wenig genau protokolliert worden sei. Dies

wird nun mittels der Tonbandaufnahmen überprüft und das Protokoll an der nächsten Sitzung zur Genehmigung vorgelegt.

\* \* \*

Die Präsidentin: Die fristgerecht zuhanden der Sitzung vom 19. Juni 2020 eingereichte Interpellation Martin Brügger betreffend Stellungnahme des Stadtrats zur weiteren Planung des OASE Projekts konnte aus Zeitgründen an der Sitzung nicht mehr behandelt werden und wurde in Absprache mit dem Interpellanten im Nachgang schriftlich beantwortet. Martin Brügger hat nun das Recht, sich zur Beantwortung zu äussern.

Herr Martin Brügger: Ich bedanke mich für die Gelegenheit zu einer Replik auf die Beantwortung der Interpellation durch den Stadtrat. Es erstaunt mich, dass der Stadtrat eine zweite Sitzung benötigte, um dem Rat die Stellungnahme zur Interpellation zukommen lassen zu können.

Es ging in der Interpellation darum, wie sich der Stadtrat hinsichtlich des weiteren Vorgehens respektive der allfälligen Risiken beim OASE-Projekt positioniert. Ich bemerkte, dass die Achse Lauffohr-Brugg-Windisch-Hausen bei der Festsetzung im Richtplan, der das Gesamtverkehrskonzept einschliesst, auf einmal priorisiert wird. Wenn also der Ast Baden aufgrund der grossen Opposition nicht gebaut wird, konzentriert sich der Verkehr auf den Ast durch die Region Brugg. Der Stadtrat trägt diesem Punkt kaum Rechnung respektive ignoriert diese Fragestellung. Er hat keine Strategie, wie er vorgehen will, wenn diese Situation eintritt. Er hat auch wenig Verhandlungsmacht gegenüber dem Kanton und kann deshalb keine weiteren Forderungen durchsetzen wie beispielsweise eine komplette Untertunnelung des Auffelds, das eine Naherholungs- und Landwirtschaftszone ist. Offensichtlich ist dies dem Stadtrat gleichgültig, er will in der aktuellen Phase gegenüber dem Kanton keine starke Verhandlungsposition einnehmen. Gemäss Kanton äusserte sich der Stadtrat in der Vernehmlassung sehr positiv zum Projekt, die Vorlage werde durch Brugg Regio und die Stadt Brugg sehr positiv entgegengenommen. Das führte dazu, dass nun der Ast Brugg bevorzugt wird. Dieses Vorgehen des Stadtrats ist blauäugig.

Offensichtlich bewegt das Thema OASE, es liegen mehrere Vorstösse von verschiedenen Seiten vor, die in meinen Augen alle berechtigt sind. Sie gründen auf der immer noch fehlenden Transparenz darüber, wie sich der Stadtrat in der Vernehmlassung geäussert hat. Das kann nicht befriedigen.

In diesem Sinne vielen Dank für die Behandlung der Interpellation, aber die Antwort befriedigt nicht.

## Traktandum 1: Inpflichtnahme

---

Anstelle der aus dem Rat ausgeschiedenen Karin Schödler (SP) wird Noah Zurfluh (SP) in Pflicht genommen.

## Traktandum 2: Einbürgerungen

---

Herr Willi Wengi, Präsident der Finanzkommission: Die Finanzkommission hat die Unterlagen zu den vorliegenden sechs Einbürgerungsgesuchen geprüft und festgestellt, dass die Gesuchstellerinnen und Gesuchsteller die rechtlichen Voraussetzungen für eine Aufnahme ins schweizerische Bürgerrecht erfüllen. Ebenso sind die Prüfkriterien der Finanzkommission erfüllt. Die Aufnahme ins Bürgerrecht der Einwohnergemeinde Brugg kann den insgesamt sieben Einbürgerungswilligen somit zugesichert werden. Im Namen der Finanzkommission bitte ich den Rat, den Anträgen des Stadtrates zuzustimmen.

Aus Datenschutzgründen wurden aus diesem Dokument sämtliche personenbezogene Angaben entfernt.

### Traktandum 3: Investitionsbeitrag für eine Weihnachtsbeleuchtung

---

Herr Stadtrat Reto Wettstein: Es freut mich sehr, dem Rat heute die Erneuerung der Weihnachtsbeleuchtung vorstellen zu können. Eine Weihnachtsbeleuchtung soll gefallen und nicht zu grossen Diskussionen Anlass geben. Die bestehende, über 50 Jahre alte Weihnachtsbeleuchtung erfüllt diese Kriterien. Aufgrund dieses stattlichen Alters ist nun aber eine Erneuerung unumgänglich. Die bestehende Beleuchtung ist schwer und rostig, so dass sich die Verantwortlichen der IBB, welche sie jeweils installieren, Sorgen um die Sicherheit machen. Deshalb entschied der Stadtrat zu klären, wie eine sinnvolle neue Weihnachtsbeleuchtung aussehen könnte. Zusammen mit der IBB wurde auf dem weissen Reissbrett angefangen und erste Entwürfe wurden geprüft. Im letzten Jahr wurde eine Beprobung mit anschließender öffentlicher Mitwirkung vorgenommen. Es zeigte sich, dass das Gewohnte und Vertraute immer noch sehr grossen Anklang fand, insbesondere das Raumeinnehmende der Girlanden und die Sternenform. Dies bewog den Stadtrat, den Fächer noch einmal zu öffnen und die Bevölkerung noch einmal zur Mitwirkung aufzurufen. Daraufhin meldete sich Cuno Jent mit 10 Entwürfen – der Mann, der bereits vor 50 Jahren an der Weihnachtsbeleuchtung mitwirkte.

Dank der Zusammenarbeit mit Cuno Jent und der IBB kann der Stadtrat heute eine gute, ausgewogene Vorlage präsentieren, die zudem eine grosszügige Unterstützung der IBB beinhaltet. Für einen jährlichen Mehraufwand von Fr. 9'500.– erhält die Stadt eine gesamterneuerte Weihnachtsbeleuchtung, die sich nah an die bestehende anlehnt, sowie zusätzliche Elemente wie eine Beleuchtung des Schwarzen Turms und des Neumarkt-Platzes.

Die Frage nach der Berücksichtigung der Ortsteile Umiken, Lauffohr und Schinznach-Bad ist berechtigt. Sie konnte aber im Rahmen dieser Vorlage nicht berücksichtigt werden, da sie den Ersatz der bestehenden veralteten Weihnachtsbeleuchtung zum Gegenstand hat. Die Thematik ist aber aufgenommen und der Stadtrat prüft, ob in den nächsten Jahren in diesen Ortsteilen eine Weihnachtsbeleuchtung realisiert werden kann.

Ich bitte den Rat, dieser Vorlage zuzustimmen.

Herr Patrick von Niederhäusern: Ich spreche im Namen der SVP. Die SVP konnte die Weihnachtsbeleuchtung vor Ort begutachten. Mit etwas Unterhalt könnte sie bestimmt noch ein paar Jahre in Betrieb bleiben. Erfreulicherweise ist die neue Weihnachtsbeleuchtung optisch in einem ähnlichen Stil gehalten und wird mit der Beleuchtung unter anderem des Schwarzen Turms erweitert. Aufgefallen ist auch das viel geringere Gewicht der neuen Konstruktion aus Aluminium. Die grossen Vorteile beim Auf- und Abbau sind offensichtlich.

Die SVP stimmt der Vorlage zu, geht aber davon aus, dass die viel einfachere Montage auch im Contracting-Preis ihren Niederschlag finden wird und der Betrag auf unter Fr. 30'000.– reduziert werden kann.

Frau Julia Grieder: Ich spreche teils im Namen der Grünen, teils im eigenen Namen. Für uns ist unbestritten, dass eine neue Beleuchtung sinnvoll ist. Dennoch wirft die Investition einige Fragen auf.

Das neue Konzept soll aus vier verschiedenen Teilen bestehen: Beleuchtung der Bäume auf dem Neumarkt-Platz, ein Rentier auf dem Eisi-Dach, Sterne in der Altstadt sowie die Beleuchtung des Schwarzen Turms und der Brücke. Neue Sterne in der Altstadt wären meiner Meinung nach ausreichend. Die Grünen haben insbesondere Vorbehalte gegen die Ausleuchtung des Schwarzen Turms und der Brücke, die sich im geschützten Aareraum befinden. Wir machen auf die rechtlichen Rahmenbedingungen aufmerksam, welche dies einschränken könnten. So steht in § 27 Abs. 1 des kantonalen Einführungsgesetzes zur Bundesgesetzgebung über den Schutz von Umwelt und Gewässern klar, dass Beleuchtungsanlagen, die Aussenbereiche erhellen oder Kulturgüter beleuchten, so einzurichten sind, dass ausserhalb ihres Bestimmungsbereichs keine störenden Immissionen verursacht werden. Auch die dazugehörige kantonale Verordnung drückt in § 56 Ähnliches aus. Es ist uns natürlich klar, dass die Beleuchtung in dieser Jahreszeit nicht so problematisch und der Zeitraum beschränkt sind. Dennoch möchten wir auf diesen Punkt hinweisen.

Persönlich habe ich zudem ein Problem damit, dass der Vertrag, wie unter Punkt 9 vermerkt ist, bereits seit 1. Juli 2020 gültig ist. Dies ohne Zustimmung des Rats.

Herr Titus Meier: Angesichts der aktuellen Probleme, die wir tagein, tagaus den Zeitungen entnehmen können, fällt dieses Traktandum etwas aus der Zeit.

Die Sterne sind 50 Jahre alt, sie haben Rost angesetzt, fallen auseinander und sind ein Sicherheitsrisiko. Aus dieser Warte muss ein Ersatz thematisiert werden.

Die FDP schätzt es, dass der Stadtrat auf die Rückmeldungen über die letzte Weihnachten erstmals präsentierten Objekte reagierte und eine eher zeitlos-klassische Beleuchtung wählte. Lieber eine zeitlos-klassische Beleuchtung als eine, die einmal modern und danach veraltet ist. Die Sterne hielten 50 Jahre. Wir gehen davon aus, dass dieser Entscheid ebenfalls für die nächsten 50 Jahre Gültigkeit haben wird.

Die FDP wird dem Kredit zustimmen. Sie hat allerdings zwei Vorbehalte und bittet den Stadtrat, diesbezüglich noch einmal über die Bücher zu gehen. Erstens stellten wir fest, dass die Vorstadt künftig nicht mehr durch Sterne beleuchtet wird. Die Vorstadt ist Teil der Altstadt, und erst vor kurzem sprach der Rat einen Kredit, bei dem es darum ging, die Vorstadt attraktiver zu gestalten und besser an die Altstadt anzubinden. Aus Sicht der FDP müsste die Ein-

bindung der Vorstadt in die Beleuchtung mit Sternen noch einmal geprüft werden, da sie Teil der Altstadt ist. Der zweite Punkt: Die Sterne wurden 1969 erstmals installiert. 1970 kam Lauffohr als Stadtteil zu Brugg, im Jahr 2000 Umiken und 2020 Schinznach-Bad. Weihnachten müsste auch in diesen Stadtteilen in irgendeiner Form sichtbar sein. Es muss erkennbar sein, dass sie Teil von Brugg sind. Es müssen nicht die genau gleichen Sterne sein, aber sie müssen ebenfalls berücksichtigt werden. Ansonsten ist es nachvollziehbar, wenn sich die Bewohnerinnen und Bewohner dieser Stadtteile abgeschnitten fühlen.

Die FDP stimmt dem Kredit zu.

Frau Joya Süess: Auch die EVP freut sich über die neuen Überspannungen, die den alten Charakter in einem neuen Design beibehalten. Wir erachten auch den Abschluss eines Contracting-Vertrags mit der IBB als sinnvoll. Überrascht waren wir dagegen vom Ausmass der ganzen Beleuchtung, weshalb wir einen Punkt zu bedenken geben möchten: Die Lichter sind schön, aber nicht unbedingt dringend. Deshalb könnte eine tranchierte Beschaffung der Beleuchtungsteile in Betracht gezogen werden, eventuell zusammen mit den anderen Ortsteilen.

Die EVP wird dem Antrag zustimmen.

Damit ist die Diskussion erschöpft.

In der Abstimmung wird dem Antrag des Stadtrates:

«Sie wollen für die Beschaffung der neuen Weihnachtsbeleuchtung der Stadt Brugg einer Contractingsumme (Investitionsbetrag) von Fr. 172'000.– (inkl. MwSt.) zustimmen.»

mit 47 Ja zu 1 Nein zugestimmt.

#### Traktandum 4: Planungskredit für den Aaresteg Umikerschachen

---

Herr Stadtrat Reto Wettstein: Die Annahme des Planungskredits für den Aaresteg Umikerschachen bietet heute Abend die Chance, deutlich zu machen, dass Brugg diesen Steg will. Ein Planungskredit von Fr. 58'000.– hätte auch über das Budget eingebracht werden können. Es ist jedoch der politische Wille des Stadtrats, den Rat heute Abend zu fragen, ob ein solcher Steg zur besseren Anbindung unserer Nachbarn in Umiken, aber auch in Villnachern und Schinznach Dorf von den Bruggerinnen und Bruggern gewünscht wird.

Der Steg ist im Kommunalen Gesamtplan Verkehr als Weg für den Langsamverkehr vorgesehen. Dementsprechend stimmte der Stadtrat dem Projekt grundsätzlich bereits zu.

Dieses Geschäft weist eine jahrzehntelange Vorgeschichte auf und wurde 2013 vom ehemaligen Einwohnerrat Alois Wyss mit einem Postulat wieder aufgebracht. Seither wird es ungefähr alle drei Jahre im Rat thematisiert. Auch meine Vorgängerin, Frau Stadträtin Andrea Metzler, mass diesem Geschäft grosse Bedeutung bei.

Es brauchte aber Zeit, das Projekt mit weiteren Abklärungen abzustimmen. Zu erwähnen ist insbesondere der Absenkversuch des Hilfswehrs über die Aare durch die Axpo, der mit Begleitung des Kantons vorgenommen wurde. Der Versuch ist abgeschlossen, leider liegt der entsprechende Bericht aber noch nicht vor, weshalb ich nicht über das Ergebnis informieren kann. Unabhängig davon zeigte meine Vorgängerin dem Rat bereits das Bild eines Stegs, der nicht über das Hilfswehr führt, sondern als freihängende Brücke gestaltet ist.

Mit dem Planungskredit kann der Stadtrat konkret aufzeigen, was es bei der Anbindung dieses Naturschutzgebietes alles zu beachten gilt, wie eine Koexistenz von Naherholung und Naturschutz aussehen kann und wie eine Besucherlenkung möglich ist. All diese Punkte sind abzuklären und die verschiedenen Interessen gegeneinander abzuwägen.

In der Vorbereitung dieses Geschäfts fragte der Stadtrat auch die Gemeinde Villnachern nach ihrer Haltung. Villnachern würde es sehr begrüessen, wenn ihr Naherholungsgebiet mit jenem von Brugg verbunden werden könnte. Ebenfalls informell angefragt wurde Pro Natura. Auch Pro Natura erachtet eine Koexistenz als wünschenswert.

In diesem Sinne ermuntere ich den Rat, den Planungskredit zu sprechend, damit ein klares Signal nach Aarau zu senden und deutlich zum Ausdruck zu bringen, dass Brugg diesen Steg will.

Frau Franziska Rabenschlag: Ich spreche im Namen der SP. Wir haben zunehmend Bedenken und Zweifel in Bezug auf diesen Steg. Nicht, weil wir die Nachbarn ausschliessen wollen, sondern wegen der dadurch versachten regeren Nutzung dieses sensiblen Gebiets. Ein solcher Steg bedeutet einfach mehr Besuchende und mehr Nutzung der Aare und ihrer Ufer.

Weitere Bedenken betreffen die Arbeit der Steinmann AG. Die Firma ist im Auftrag der Stadt Brugg tätig und nimmt deshalb keine neutralen Abklärungen vor, sondern evaluiert die beste Variante.

Trotzdem stimmen wir dem Planungskredit zu, um Argumente für oder gegen den Steg zu erhalten.

Frau Barbara Geissmann: Ich spreche im Namen der CVP. Wir begrüßen es sehr, dass es endlich vorwärts geht mit der Planung einer Überquerung der Aare von Altenburg zur Aareinsel. Ein solcher Steg steht schon lange auf unserer Wunschliste. Wir sind deshalb besonders erfreut, dass bereits jetzt die verschiedenen Interessensgemeinschaften ins Boot geholt werden. Das hilft, Missverständnisse frühzeitig auszuräumen und Misstöne hoffentlich ganz zu vermeiden. So steht, so hoffen wir, einer baldigen Realisierung dieser fehlenden Aarebrücke nichts mehr im Weg.

Die CVP teilt die Grundhaltung, dass der Natur Sorge zu tragen ist. Gleichzeitig soll sie aber auch erleb- und geniessbar sein, auch, weil wir so unsere wunderbare Landschaft umso mehr schätzen lernen können. Mit dem Aaresteg werden Walking-Strecken zu Walking-Runden, Velo-Zickzack zur entspannten Fahrt dem Fluss entlang und nicht zuletzt bringt der Aaresteg die verschiedenen Ortsteile und Nachbarn unserer doch recht verwinkelten Gemeinde einander näher.

Weil das Wasserschloss und unsere Auenlandschaft ein sensibles Gebiet ist, das wir erhalten wollen, erheben wir aber auch einen kleinen Mahnfinger. Wir wollen schon jetzt ein paar Rahmenbedingungen formulieren, die es aus unserer Sicht einzuhalten gilt, wenn die Realisierung des Projekts näher rückt. Es ist dafür zu sorgen, dass mit dem Stegbau und der damit verbundenen besseren Erschliessung der Insel ein Besucherleitkonzept erarbeitet wird. Nebst gut beschilderten und gewarteten Wegen gehören ein kluges Abfallmanagement sowie ein Parkleitsystem in dieses Konzept. Nicht zuletzt hoffen wir, dass die «Wasserschloss-Patrouille» dann auch in diesem Gebiet vermehrt präsent ist.

Die CVP und wie ich hoffe der ganze Rat stimmt diesem Planungskredit zu und freut sich auf eine kleine Attraktivitätssteigerung unserer Stadt.

Frau Barbara Müller: Im Namen der EVP erinnere ich daran, dass die Aargauer Bevölkerung 1993 mit einer Volksabstimmung den Auenschutzpark ins Leben rief, und zwar deutlich mit 67,7 %. Der Auenschutzpark Aargau ist ein Hotspot des Artenschutzes. 40 % der Pflanzenarten und 84 % der Tierarten der Schweiz kommen hier vor. Jede achte Tierart ist zwingend auf Auenlebensräume angewiesen. Seit dem Volksentscheid von 1993 sind Auen für viel Geld rückgebaut worden, um Lebensräume für geschützte Pflanzen und Tiere zu erhalten. Wir verstehen nicht, warum jetzt in diesem geschützten Raum ein Steg gebaut werden soll,

der eine erhebliche Erhöhung der Besucherfrequenz verursacht, was wiederum die geschützten Tiere vertreibt. Littering ist nur eine der negativen Auswirkungen, die kostspielige Folgen für die Stadt und eine Gefahr für die geschützten Pflanzen und Tiere mit sich bringt. Der betonte Nutzen des Stegs ist für uns nicht gegeben. Eine direkte Verbindung zwischen Umiken und der Stadt Brugg besteht bereits mit der «Gwagglibrugg», der Mühlebrücke und weiter unten der Brücke zum Schwarzen Turm, die direkt zur Altstadt führt. Wer braucht eine direkte Verbindung von Umiken ins Quartier Altenburg? Höchstens Personen, die von Umiken ins Schwimmbad gelangen wollen, wobei das Hallenbad besuchermässig bereits seit längerem an seine Kapazitätsgrenzen stösst. Und möchte jemand, wenn es dunkel ist, über den Steg und durch den dunkeln Wald gehen? Oder braucht es dann auch noch eine Beleuchtung, welche die geschützte Natur mit Lichtverschmutzung belastet? Sicher nicht. Wir sind froh, dass die Stadt bereits in Kontakt mit Pro Natura steht und sich bewusst ist, dass die Auenlandschaften schützenswert sind. Es wäre schön, wenn die Stadt den Mut hätte, sich für die Erhaltung der bestehenden Auen einzusetzen, anstatt sich dem Diktat des Kantons für einen Veloweg zu fügen.

Es ist uns allen ein grosses Anliegen, die Attraktivität unserer Stadt zu fördern. Das wird aber mit dem Bau einer weiteren Aareüberquerung nicht erreicht, sondern beispielsweise mit Schulen, die einen guten Ruf geniessen, oder mit Steuern, die nicht erhöht werden müssen. Die EVP bittet den Rat, den Planungskredit abzulehnen.

Herr Titus Meier: Es geht hier um einen Kredit für die vertiefte Klärung der Machbarkeit eines solchen Aarestegs, nicht um die Umsetzung. Es geht darum, dass wir auf Fragen, die heute aufgeworfen wurden und die im Raum stehen, Antworten erhalten. Die FDP diskutierte den Kredit und konnte durchaus Vorteile erkennen, beispielsweise die direktere und bessere Anbindung des Stadtteils Umiken. Insbesondere für die Umiker Schule wird es viel einfacher, Schwimmunterricht in der Brugger Badi durchzuführen. Es resultiert auch eine bessere Anbindung der Nachbargemeinde Villnachern, auf deren Gemeindebann der grösste Teil dieser Schacheninsel liegt. Wir erkennen zudem eine bessere Anbindung des Stadtteils Schinznach-Bad. Dieser Punkt mag überraschen, aber wer mit dem Kinderwagen der Aare entlang nach Schinznach-Bad spazieren möchte, wird feststellen, dass dies nicht möglich ist. Unterwegs sind nämlich Treppen zu überwinden. Dasselbe stellen die Velofahrer fest. Mit einem Aaresteg bestünde die Möglichkeit, eine neue Route nach Schinznach-Bad anzubieten. Die bestehende könnte allenfalls redimensioniert werden und so die Besucherinnen und Besucher in diesem Gebiet neu lenken. Es könnte festgelegt werden, dass in einigen Gebieten die Natur Vorrang hat und in anderen die Menschen passieren können. Wir sehen also durchaus Chancen in diesem Projekt.

Es gibt aber auch Nachteile, einige hörten wir bereits. Es geht um ein sehr sensibles Gebiet, es geht um den Auenschutzpark, der sogar in der Kantonsverfassung festgeschrieben ist. Man kann nicht einfach frei schalten und walten, einige Punkte müssen noch geklärt werden. In der Fraktion bestehen ebenfalls Vorbehalte, nicht alle sehen dieselbe Notwendigkeit für den Bau dieses Stegs.

Aber grundsätzlich unterstützt die FDP diesen Kredit. Es muss damit die rechtliche Machbarkeit eines solchen Aarestegs geprüft werden und es braucht ein Gesamtkonzept Besucherlenkung – Stichwort Parkplätze beim Frei- und Hallenbad, die zurzeit den Badegästen zur Verfügung stehen, mit einem Steg aber zunehmend von anderen Nutzern beansprucht werden könnten.

Ein Punkt irritiert mich etwas. Ich fragte bei der Pro Natura nach ihrer Haltung zu diesem Vorhaben und erhielt die Antwort, sie hätten Ende Juli der Abteilung Planung und Bau zuhanden von Einwohner- und Stadtrat eine dreiseitige Stellungnahme geschickt. Diese Stellungnahme ist bei mir nie eingetroffen, ich habe sie heute von Pro Natura erhalten. Ich bitte die Stadtverwaltung um Auskunft, warum dieses Schreiben den Einwohnerräten nicht übermittelt worden ist beziehungsweise um Klärung der internen Abläufe, wenn ein Verband zuhanden des Einwohnerrats eine Dokumentation abgibt.

Herr Thomas Gremminger: Ich spreche im Namen der Grünen. Wir wundern uns über die Stadt. Sie müsste eine ganze Reihe von komplexen, dringenden Vorhaben, die nur schleichend vorankommen, stemmen. Ich denke an die Vorstadt, an den Bahnhofplatz, an die Personenverbindungen nach Windisch, an die Stadtbibliothek und ans Simmengut, um nur einige zu nennen. Andererseits wundern wir uns auch über gewisse Parteien, die gebetsmühlenartig das immer gleiche Lied von zu hohen Kosten, fehlender Notwendigkeit und schlechten Vorlagen, bei denen der Weg zum Ziel nicht klar definiert ist und die dadurch ein finanzielles Risiko bergen, singen. Und nun lässt man sich auf ein Vorhaben ein, das personelle Ressourcen bindet und bei dem die Kosten, die je nach Variante sehr unterschiedlich ausfallen können, noch nicht klar sind. Zudem besteht aufgrund der gegebenen Rahmenbedingungen ein grosses Risiko, dass das Projekt an die Wand gefahren wird. Nicht zuletzt – wer möchte das bestreiten – ist es weder notwendig noch dringlich. Es ist quasi ein «Goodie», ein «nice to have».

Aus all diesen Gründen lehnen die Grünen diese Vorlage ab. Es ist uns bewusst, dass es sich hierbei erst um einen Planungskredit handelt und die Brücke noch lange nicht gebaut ist. Mit dieser Vorlage wird uns eine fundierte Analyse der planerischen, landschaftlichen und ökologischen Gegebenheiten, eine Variantenevaluation und eine gute Grundlage für eine umfassende Interessenabwägung versprochen, was letztlich in einem Anfragegesuch an den Kanton münden wird. So weit, so gut – alles Dinge, die wir grundsätzlich begrüßen. Aller-

dings fehlt uns der Glaube, dass die guten Vorsätze und Ansätze zum Ziel führen werden. So, wie sich die lange Vorgeschichte darstellt, so, wie die mögliche Querung mittels Pfeiltendenziös dargestellt ist, befürchten wir, dass für die Stadt die Bestvariante bereits gesetzt ist. Meine Erfahrung aus der Planung zeigt auch, dass Variantenevaluationen die Tendenz haben, das vom Auftraggeber gewünschte Ergebnis widerzugeben. Deshalb lehnen wir bereits den Planungskredit ab, dies nach dem Motto: «Wehret den Anfängen».

Betrachten wir uns die wichtigsten Stolpersteine und no go's dieses Vorhabens. Erster Punkt: Der hohe Wert und die grosse Bedeutung der Natur. Im Gegensatz zum in der Vorlage erwähnten Beispiel des Stegs über die Reuss in Künten führt dieser Steg hier, so wie er in der Vorlage eingezeichnet ist und ihn die Stadt wohl wünscht, nicht über das Schutzgebiet hinweg, sondern mitten hinein. Immerhin handelt es sich um eine Aue von nationaler Bedeutung und um den in der Verfassung des Kantons verankerten Auenschutzpark. Wir können uns schlicht nicht vorstellen, dass der Gesetzgeber dem Eingriff durch diesen Steg in diese Schutzgüter nationales Interesse oder nationale Bedeutung zumisst. Das sind ganz schlechte Karten und ein Schwachpunkt für die Interessenabwägung. Ebenfalls nicht unterschätzen dürfen wir die Folgeschäden für die zurzeit noch wenig zugängliche Natur, die etwas abgeschirmt ist und von der stilleren Lage profitieren kann, sowie die Folgekosten für Brugg. Es besteht ein neuer Zugang mit zusätzlichem Störungspotenzial, Lärm, allenfalls Licht, Hunden etc. Es gibt Freizeitbelastungen durch Aufenthalte in den Auen und am Wasser, dies vor allem in den sensiblen Abend- und Dämmerungsstunden. Zusätzlich wird durch ein kostenloses Parkierangebot Licht erzeugt. Bereits angesprochen wurde das Litteringproblem. Im Prinzip müsste jede Woche aufgeräumt werden. Es wissen alle, wie es jeweils am Wochenende im Geissenschachen oder am Limmatspitz aussieht. Die möglichen Folgekosten für die Stadt Brugg sind mit einem Lenk- und Parkiersystem, Rangern et cetera hoch.

Der zweite Punkt ist schlicht und einfach: Es fehlt die Notwendigkeit für dieses Vorhaben. Ebenfalls im Gegensatz zur Situation an der Reuss bei Künten bestehen in Brugg für Fussgänger und Velos bereits diverse gut geeignete Übergänge über die Aare. In Künten gibt es weit und breit keine Brücke. Eine Notwendigkeit im Sinne des öffentlichen Interesses für einen weiteren Steg besteht absolut nicht. Dieser Aspekt müsste jedoch zwingend erfüllt sein, sonst ist die Grundlage für einen Eingriff in ein Inventargebiet des Bundes beziehungsweise in den Auenschutzpark des Kantons nicht gegeben.

Auch das berechtigte Argument, dass der Zugang zu den Auen zugunsten der Sensibilisierung und der Öffentlichkeitsarbeit erlaubt sein sollte, sticht hier nicht. Solche Möglichkeiten bestehen in Brugg bereits vielfach, man denke an den Geissenschachen, den Auen-schachen, den Reuss-schachen, den Limmatspitz oder die rechte Seite der Aare zwischen Brugg und Schinznach.

Die Grünen Brugg wären die letzten, die sich gegen ein Vorzeigeprojekt wehrten, das unsere Stadt zukünftig als ein weiteres Schmuckstück zieren könnte. Aber bei dieser Güterabwägung muss geprüft werden, welche gewichtigen Interessen zu berücksichtigen sind. Wie steht es mit der Notwendigkeit? Stimmt das Kosten-Nutzen-Verhältnis? Beziehungsweise in diesem Fall eher das Gewinner-Verlierer-Verhältnis? Mit der von Brugg gewünschten Variante gibt es eine gewichtige Verliererin: die wertvolle und geschützte Natur.

Herr Daniel Zulauf: Ich spreche im Namen der SVP. Das Meiste wurde bereits gesagt. Es erstaunt mich, dass wir uns immer mit Baden und Aarau vergleichen wollen und ich dann solche Voten höre.

Die SVP möchte vom Stadtrat wissen, warum für dieses Geschäft kein Kostendach festgelegt worden ist. Es ist uns bewusst, dass es kein alltägliches Geschäft ist, Brücken zu bauen. Aber wir gehen davon aus, dass der Stadtrat vergleichbare Projekte anschaut, um dem Rat einen konkreten Betrag nennen zu können.

Wir sind zuversichtlich und dem Aaresteg Brugg gegenüber positiv eingestellt. Der Mehrnutzen für Umiken und die Nachbargemeinden wurde bereits erwähnt.

Die SVP wird vor diesem Hintergrund der Vorlage zustimmen.

Herr Adriaan Kerkhoven: Die Grünliberalen gingen bei der Betrachtung des Aarestegs differenziert vor. Persönlich stimmte ich 2013 wie alle aus Umiken stammenden Mitglieder des Rats gegen den Steg. Wir wogen das Pro und Contra lange ab, und nach dem Votum von Herrn Thomas Gremminger fällt es mir nun schwer, dies darzulegen, da er sehr gute Argumente vorbrachte.

Nichtsdestotrotz ist die GLP eher dafür, dass Abklärungen vorgenommen werden, wobei dies ergebnisoffen geschehen soll. Sollten nicht genügend flankierende Massnahmen getroffen werden können, um dem Naturschutzgebiet gerecht zu werden, muss ein Abbruch des Projekts möglich sein. Wir sind der Ansicht, dass die Veloverbindung von Umiken, Villnachern und Schinznach Dorf zum Bahnhof Brugg für die Reduktion des motorisierten Individualverkehrs wichtig ist. Deshalb befürworten wir die Prüfung eines Aarestegs. Ich denke dabei auch an die vielen Familien, die mit Veloanhänger unterwegs sind und für die die «Gwagglibrugg» nicht ideal ist. Es wäre vermutlich auch schwierig, die «Gwagglibrugg» so herzurichten, dass sie mit Veloanhängern besser passiert werden kann.

Es ist uns aber ein Anliegen, dass die Stadt proaktiv eine Parkplatzbewirtschaftung einführt. Der Parkplatz beim Frei- und Hallenbad wird von vielen Personen mit Hunden genutzt, die dort spazieren gehen. Dies muss gesteuert und limitiert werden. Zudem müssten Schilder für das Naturschutzgebiet aufgestellt werden.

Ich denke aber, es könnte ein pädagogischer Nutzen entstehen, wenn die Kinder und Jugendlichen des Bodenacker- und des Umiker-Schulhauses in Projekte zur aktiven Förderung des Naturschutzes eingebunden werden und so einen achtsamen Umgang mit dem Naturschutzgebiet lernen könnten. Es wäre aber unabdingbar, dass die Polizei oder Ranger regelmässig patrouillieren, um dem Naturschutzgebiet gerecht zu werden.

Zusammenfassend wünscht die GLP eine ergebnisoffene Abklärung und die proaktive Planung von Begleitmassnahmen, die unter Umständen vielleicht sogar Geld einbringen, zum Beispiel eine clevere Parkplatzbewirtschaftung.

Herr Michel Indrizzi: Die EVP und die Grünen nahmen mir das Wort aus dem Mund, ich kann diesen Voten hundertprozentig zustimmen. Heute geht es um einen Kredit für Abklärungen, die dann als Grundlage für einen Antrag dienen können. Man könnte aber einen anderen Eindruck gewinnen, wenn man die Zielsetzungen liest. In der Vorlage steht, es «werden folgende Ziele erreicht:» «Schliessung einer Netzlücke im Fuss- und Velowegnetz von Brugg». Wir hörten bereits, dass es diese Erschliessung nicht braucht. Über die «Gwagglibrugg» sind der Umiker- und der Villnacher-Schachen gut zu erreichen. «Schaffung einer attraktiven und direkten Fuss- und Velowegverbindung zwischen Brugg und dem Ortsteil Umiken». Das braucht es nicht, es gibt mehrere Möglichkeiten, in den Ortsteil Umiken zu gelangen. «Förderung des Fuss- und Veloverkehrs.» Die Förderung ist gegeben, wenn längere Wege zu Fuss beziehungsweise mit dem Fahrrad zurückgelegt werden müssen. Dafür braucht es keine Abkürzung. Um nach Schinznach-Bad zu gelangen, müssen zwei Treppen bewältigt werden, das ist nicht ideal. Es gibt aber ganz bestimmt kostengünstigere Möglichkeiten zur besseren Erschliessung von Schinznach-Bad als den Bau einer Brücke.

Die SVP fragte den Stadtrat nach einem Kostendach. Eine Brücke zu bauen, ist teuer. Eine Brücke zu unterhalten, ist teuer. Der Stadtrat weiss, warum er kein Kostendach eingebracht hat, dann wäre die Zustimmung im Rat nämlich deutlich tiefer.

Herr Stadtrat Reto Wettstein: Herr Titus Meier fragte, warum der Bericht der Pro Natura nicht an die Ratsmitglieder geschickt worden ist. Der Bericht lag dem Stadtrat vor, er entschied, ihn nicht mit der Vorlage zu präsentieren. Selbstverständlich kann der Bericht aber zugänglich gemacht werden.

Die SVP fragte, warum der Stadtrat kein Kostendach festlegte. Zu den zu treffenden Abklärungen gehört die Prüfung verschiedener Varianten. Das bedeutet auch verschiedene Ausführungen und Distanzen, was wiederum zu unterschiedlichen Kosten führt. Die Kosten sind ein Faktor in der Güterabwägung, aber wie wir hörten, gibt es weitere Kriterien, die zu berücksichtigen sind. An diesem Punkt muss man ergebnisoffen sein.

Herr Titus Meier: Ich halte es für einen schlechten Service des Stadtrats, wenn die Pro Natura einen Brief zuhanden von Stadt- und Einwohnerrat schreibt, in der Anrede explizit «Sehr geehrte Damen und Herren Einwohnerräte, sehr geehrte Frau Stadtmann, sehr geehrte Herren Stadträte» steht und der Stadtrat dann das Gefühl hat, er müsse dieses Schreiben dem Einwohnerrat nicht zustellen.

Herr Martin Brügger: Ich danke Herrn Titus Meier für den Hinweis auf die Konsultation der Pro Natura. Mir ist aufgefallen, dass gemäss den Protokollen der Landschaftskommission, welche von Herrn Stadtrat Reto Wettstein präsiert wird, das Thema «Aaresteg» in den letzten Jahren nie erörtert worden ist. Kommenden Montag findet eine Sitzung der Kommission statt, an welcher die Thematik besprochen werden und sie vielleicht zu einer Aussage gelangen kann. Der Einbezug der eigenen Kommissionen wäre vielleicht wertvoller als der Einbezug der «fremden» Pro Natura.

Herr Stadtrat Reto Wettstein sagte, der Bericht zum Hilfswehr liege noch nicht vor. Dieser Bericht könnte entscheidend sein, denn mit dem Rückbau des Hilfswehrs stellt sich die Situation ganz anders dar. Diesem Punkt muss das Ingenieurbüro bei den Abklärungen Rechnung tragen. Vielleicht wäre es klüger gewesen, diesen Bericht erst abzuwarten. Unter Umständen kann dann die Dorfjugend von Altenburg und Umiken die Schuhe ausziehen, barfuss durch die Aare waten und so dieses Gebiet in Beschlag nehmen.

Auch das Vorliegen der Stellungnahme der kantonalen Abteilung Natur und Landschaft wäre wertvoll gewesen.

Ich schliesse mich der Haltung, dass eine Prüfung ergebnisoffen stattfinden muss, an, und bin gespannt auf die entsprechenden Berichte.

Damit ist die Diskussion erschöpft.

In der Abstimmung wird dem Antrag des Stadtrates:

«Sie wollen für die Erarbeitung eines Anfragegesuchs einen Planungskredit von Fr. 58'287.– inkl. MwSt. bewilligen.»

mit 33 Ja zu 12 Nein zugestimmt.

## Traktandum 5: Anpassung des im Jahre 2019 bewilligten ICT-Budgets der Schule Brugg; Nachtragskredit für die Ausrüstung der Oberstufenklassen mit iPads

---

Herr Stadtrat Dr. Willi Däpp: 2014 stimmte der Rat dem neuen ICT-Konzept der Schule Brugg zu. Das Konzept wurde im April 2019 überarbeitet und dem Stadtrat präsentiert. Darin enthalten ist im Hinblick auf die Einführung des Lehrplans 21 in den Jahren 2020, 2021 und 2022 ein phasenweiser Beschaffungsplan.

Corona-bedingt leben wir in speziellen Zeiten. Das betrifft auch die Schule, Homeschooling ist seit März ein grosses Thema. Die Krise ist noch nicht vorbei und es ist durchaus denkbar, dass wieder vermehrt auf Fernunterricht umgestellt werden muss. Das ist aber nur möglich, wenn die notwendigen Informatikmittel zur Verfügung stehen.

Es ist wichtig, dass unter solchen Umständen die Qualität des Unterrichts aufrechterhalten werden kann. Es ist aber auch sehr wichtig, dass die Chancengleichheit gewahrt bleibt. Es gibt Kinder, die aufgrund der familiären Verhältnisse keine idealen Bedingungen haben, denen keine Geräte und kein Arbeitsplatz zur Verfügung stehen. Deshalb ist es unabdingbar, dass die Schule diese Möglichkeiten bietet. Vor diesem Hintergrund macht es Sinn, die für die Jahre 2021 und 2022 geplante Beschaffung vorzuziehen und die Oberstufe mit den erforderlichen iPads auszurüsten.

Der Stadtrat legt dem Einwohnerrat dieses Geschäft in Form eines Nachtragskredits vor. Eine treffendere Bezeichnung wäre «vorgezogene Beschaffung». Was jetzt für die Beschaffung dieser Geräte aufgewendet wird, fällt in den Jahren 2021 und 2022 weg. Es handelt sich also nicht um Mehrausgaben, sondern um ein zeitliches Vorziehen der Ausgaben.

Die Dringlichkeit eines Nachtragskredits ist dann gegeben, wenn ein Aufschub nicht möglich ist, ohne dass ein grosser Schaden entstehen würde. Der Stadtrat kam zur Überzeugung, dass es in diesem Fall angemessen ist, die Zustimmung des Einwohnerrats abzuholen. Sobald diese Zustimmung vorliegt, kann die Schule die Beschaffung vornehmen. Gemäss Auskunft der Schulpflege und der Gesamtschulleitung ist eine zeitgerechte Umsetzung möglich. Auch aus diesem Grund entschied sich der Stadtrat für den ordentlichen Prozess. Dies zum finanzrechtlichen Hintergrund.

Dem Rat liegen ausführliche und vollständige Unterlagen vor. Ich bitte den Rat, dem Nachtragskredit zuzustimmen.

Damit ist die Diskussion erschöpft.

In der Abstimmung wird dem Antrag des Stadtrates:

«Sie wollen für die Ausrüstung der Oberstufenklassen mit iPads ab Beginn des Schuljahres 2020/2021 einen Nachtragskredit von Fr. 108'000.– bewilligen.»

ohne Gegenstimme zugestimmt.

Traktandum 6: Schaffung einer Personalfachstelle (80 %) und Stellenprozente für die Kommunikation (20 %) per 1. Januar 2021

---

Frau Stadtmann Barbara Horlacher: Personalressourcen für die Verwaltung sind im Rat immer ein heikles Thema. Dies ist auch im Stadtrat der Fall. Er ist sich nämlich sehr wohl bewusst, dass neue Stellen mit jährlich wiederkehrenden Kosten verbunden sind. So hat er sich auch beim vorliegenden Stellenantrag vertieft damit auseinandergesetzt, wie viele Ressourcen, wo und für was benötigt werden und welcher Nutzen für die Stadt erwartet werden kann. Die Aufgaben, die der Stadtrat und die Verwaltung zu erledigen haben, nehmen laufend zu und werden immer komplexer. Gleichzeitig steigen der Kostendruck und die Anforderungen in Bezug auf die Effizienz. Um allen an uns gerichteten Erwartungen gerecht werden zu können, benötigen wir heute, vor allem aber auch in Zukunft, qualifizierte und motivierte Mitarbeitende. Der Stadtrat ist überzeugt, dass die Erkenntnis, dass das grösste Kapital eines Unternehmens seine Mitarbeitenden sind, nicht nur für die Privatwirtschaft gilt, sondern in besonderem Mass auch für die öffentliche Verwaltung. Die Stadt muss deshalb ihre Personalarbeit professionalisieren. Es ist nicht so, dass heute in diesem Bereich gar nichts getan wird. Die zur Verfügung stehenden Ressourcen erlauben es aber einfach nicht, den Anforderungen einer zeitgemässen Personalarbeit gerecht zu werden. Zudem werden heute die im Personalbereich anfallenden Tätigkeiten vor allem durch den Stadtschreiber, die Stadtschreiber-Stellvertreterin und von einer Mitarbeiterin des Bereichs Projekte und Controlling ausgeübt. Dies geht zulasten der eigentlichen Kernaufgaben dieser Personen. Aufgaben, die eigentlich darauf ausgerichtet wären, den Stadtrat bei seiner Kommunikation und seinen strategischen Führungsaufgaben zu unterstützen. Aufgaben in Bereichen, in welchen der Stadtrat seit Jahren kritisiert wird und sowohl der Rat als auch die Bevölkerung Verbesserungen verlangen.

Im Namen des Stadtrats bitte ich den Rat deshalb, heute Abend die beantragten Stellenprozente für den Aufbau einer Personalfachstelle und für die Stärkung der Kommunikation zu bewilligen. Bewilligen Sie dies für unsere Mitarbeitenden, die von Verbesserungen im Personalbereich profitieren können. Bewilligen Sie es aber vor allem für die Stadt, indem Sie dem Stadtrat die benötigten Mittel sprechen und ihm damit die Chance geben, die seit Jahren im Bereich der Kommunikation und der strategischen Führung geforderten Verbesserungen endlich anzugehen.

Frau Regula Zwicky: Ich spreche im Namen der CVP. Wir stellen folgenden Antrag: «Sie wollen eine Personalfachstelle mit einem Pensum von 60 % und Stellenprozente für die

Kommunikation mit einem Pensum von 20 % auf den 1. Januar 2021 schaffen und dafür einen jährlich wiederkehrenden Kredit von gegenwärtig Fr. 114'000.– sowie einmalige Kosten in der Höhe von Fr. 7'500.– bewilligen.»

Wir erkennen die Notwendigkeit einer Stelle für das Personalwesen und die Kommunikation in der Stadt Brugg, und wir begrüssen die Schaffung dieser Stellen. Einerseits wird die Stadt als Arbeitgeberin dadurch attraktiver beziehungsweise die Zufriedenheit der Angestellten grösser, andererseits kann aktiver und offener über die Arbeit des Stadtrats und der städtischen Verwaltung informiert werden, was wir uns alle wünschen. Allerdings ist die CVP der Ansicht, dass 60 % zur Erledigung der im Personalbereich anfallenden Aufgaben ausreichen sollten. Ein Teil der Aufgaben der Personalfachstelle wie zum Beispiel das Erarbeiten und Umsetzen von einheitlichen Führungsprozessen oder das Erstellen von Grundlagendokumenten dürften zu Beginn der Tätigkeit der Personalfachstelle einigen Aufwand generieren, danach aber ohne viel Zusatzaufwand genutzt werden können. Wir können uns vorstellen, dass die Stelle jetzt mit 60 % geschaffen und in ein bis zwei Jahren evaluiert wird, ob die Tätigkeiten so zeitlich und inhaltlich gut erledigt werden können.

Der Effekt einer Personalfachstelle wird von aussen nicht unbedingt sicht- und bemerkbar sein, aber von der Kommunikationsstelle erhoffen wir uns ab 2021 deutlich spürbare Ergebnisse.

Herr Stefan Baumann: Ich spreche im Namen der SVP. Ich bin erstaunt. Am 19. Juni 2020 sagte mein Fraktionskollege Daniel Zulauf Folgendes: «Wie in den vergangenen Jahren sind wir mit dem Abschluss» - gemeint ist die Rechnung 2019 - «nicht zufrieden und erwarten langfristige Lösungen vom Stadtrat. Es wird nur gelingen, die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben zumindest ein Stück weit zu schliessen, wenn der Nettoverwaltungsaufwand kurzfristig eingefroren und mittelfristig signifikant reduziert wird.»

Ich bin nicht sicher, ob die für die aktuelle Vorlage Verantwortlichen die Zusammenhänge nicht verstehen wollen oder können. Beides wäre nicht gut. Die erneute Vorlage für Stellenprozentage kann die SVP deshalb unter keinem Titel unterstützen. Die Stadt Brugg hat für die Einwohnerinnen und Einwohner Verwaltungsakte zu erledigen und die Aufträge des Rats umzusetzen. Die Verwaltung verfügt über sehr qualifizierte Mitarbeitende und Vorgesetzte. Eine HR-Fachstelle wird keine Verbesserung in irgendeiner Art und Weise bringen, im Gegenteil. Unklare Verantwortungen zwischen Vorgesetzten und HR führen in Grossbetrieben zu unglaublichen Ineffizienzen und Problemen. Deshalb werden in KMU die notwendigen Funktionen, gemeint sind Stab und Finanzen, durch entsprechende Fachabteilungen übernommen. Es sind genügend Personen im Saal, die diese Effekte in Grossbetrieben bestätigen können.

Das Gleiche gilt für die gewünschte Kommunikationsstelle. Sie erzeugt nur zusätzliche Schnittstellen und bringt somit weitere Belastungen für die Amtsträger. Zudem bleibt es rätselhaft, mit wem denn eigentlich genau kommuniziert werden soll. Kommunikation ist eine Führungsaufgabe. Dies erst recht, wenn es wie in einer Stadt wenig zu kommunizieren gibt. Sie gehört unteilbar zu den Kernaufgaben des Stadtrats. Wir sind sehr besorgt, dass sich der Stadtrat jetzt nicht auf Massnahmen zum Einfrieren des Nettoverwaltungsaufwands fokussiert. Wo ist die Grenze? Ab wann soll dies dann gemacht werden? Wann beginnt der Stadtrat, nebst allen anderen notwendigen Optimierungen, auch mit unserem Hauptlieferanten, dem Kanton, das Gespräch zu suchen und bessere Konditionen auszuhandeln? Ein mögliches Ziel wäre es beispielsweise, in den nächsten 10 Jahren in der Bildungs- und Sozialindustrie – notabene ohne Leistungsabbau – 10 Prozentpunkte einzusparen. Die Schaffung von neuen Stellen geht in die falsche Richtung.

Vor diesem Hintergrund wird, ja muss, die SVP diesen Antrag ablehnen. Ich appelliere an den Rat: Wir sind hier in der Verantwortung.

Herr Willi Wengi: Ich versuche zwei Voten zu halten, sie aus Zeitgründen aber zu vereinen. Zunächst spreche ich in meinem Namen als Präsident der Finanzkommission. Es gab keine Sitzung der Finanzkommission, wir haben uns nicht abgesprochen. Aber wir hatten eine intensive Sitzung zusammen mit dem Revisor der Stadt zur letzten Rechnung. Aufgrund der Finanzstruktur der Stadt Brugg mit einem stetig steigenden Betriebsdefizit und dem aktuell sehr unsicheren Finanzergebnis sind weitere laufende Kosten zu vermeiden. Der Nettoverwaltungsaufwand muss – wie es bereits gesagt wurde – zumindest eingefroren, besser noch gesenkt werden. Es wird heissen, ich erzähle immer dasselbe. Ich weiss, ich bin ein Rufer in der Wüste. Aber obwohl die Personalkosten nicht der Haupttreiber des Betriebsaufwands sind, was uns bewusst ist, sind sie ein wichtiger Teil davon und vor allem auf Gemeindeebene beeinflussbar. Rückblickend auf die Kostenentwicklung der letzten Jahre und im Hinblick auf die aktuelle Wirtschaftslage und deren Einfluss auf die Steuereinnahmen kann ich als Präsident der Finanzkommission vor Vorliegen des Budgets 2021 keiner Personalaufstockung im administrativen Bereich zustimmen.

Nun spreche ich als Fraktionschef der FDP. Wir lehnen die Schaffung von zusätzlichen Stellenprozenten in der Verwaltung ab. Wir bestreiten nicht, dass bezüglich Personalführung und Kommunikation Handlungsbedarf besteht. Wir sind aber der Ansicht, dass dies mit den aktuell in der Verwaltung vorhandenen Stellenprozenten abgedeckt werden muss. Die für mehr Stellenprozente in der Verwaltung aufgeführten Argumente wie Bevölkerungszunahme und Mehraufgaben überzeugen die FDP nicht. Sie erwartet eine Effizienzsteigerung von mindestens 5 % pro Jahr, wie man es sich in der Privatwirtschaft gewohnt ist. Wir erleben dies in

der Stadt Brugg nicht. Besonders in der aktuellen wirtschaftlichen Situation kann die FDP diese Erhöhung nicht nachvollziehen.

Die Aufgaben wurden mit der alten Struktur bis anhin immer wahrgenommen. Ohne die Person angreifen zu wollen – Brugg hat den teuersten Stadtammann der Schweiz pro stimmberechtigter Person. Wenn neue Stellen geschaffen werden sollen, muss geschaut werden, ob bestehende Stellen entsprechend reduziert werden können. Neue Stellen müssen einen Mehrwert schaffen. Dies gilt nicht nur für den Bau eines Aarestegs, sondern auch für die Administration.

Es ist nicht an uns zu bestimmen, welche Stellen wo benötigt werden und welche Funktionen wie zu besetzen sind. Als langjähriger Personalchef von 1'000 Mitarbeitenden weiss ich, dass Personalführung nicht bei der Personalfachstelle, sondern bei den Linienvorgesetzten stattfindet und durch diese wahrzunehmen ist. In der Privatwirtschaft beträgt der Personalquotient 0,7. Das ist ein Benchmark, nicht der Quotient von 1,1 bei der Bundesverwaltung. Der Personalquotient ist bei Fachleuten sehr umstritten, da das Aufgabenportfolio der Personalfachstellen sehr unterschiedlich ausgestaltet ist. Zudem ist der Bruttolohn von Fr. 125'000.– sehr fürstlich. Personalfachleute in der Privatwirtschaft arbeiten für Fr. 80'000.– bis Fr. 90'000.–.

Die FDP und ich persönlich lehnen diese Vorlage ab und bitten den Rat, dies ebenfalls zu tun. Es ist nicht die Zeit, um Stellen aufzubauen.

Als Präsident der Finanzkommission möchte ich zum nächsten Traktandum nicht noch einmal dasselbe äussern, meine Anmerkungen gelten auch für diesen Antrag, auch wenn die Einheit der Materie dadurch nicht ganz gewährleistet ist.

Die Präsidentin: Herr Willi Wengi sprach nicht im Namen, sondern als Präsident der Finanzkommission.

Herr Reto Bertschi: Ich spreche im Namen der SP. Ich möchte nicht wieder alles auf die Finanzen reduzieren. Es geht um eine Personal- und eine Kommunikationsfachstelle. Es ist wohl weitgehend unbestritten, dass es sie braucht.

Vorhin vernahmen wir, dass Unterlagen nicht an den Rat weitergeleitet worden sind. Diverse kleine Anfragen von verschiedenster Seite nach dem Stand eines Postulats oder dem weiteren Vorgehen bei einem Projekt sind offen. Sowohl als Ratsmitglieder als auch als Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt sind wir darauf angewiesen, dass der Stadtrat proaktiv kommuniziert. Dafür ist eine Fachstelle Kommunikation mit 20 % geplant, was mir nicht gerade als sehr viel erscheint.

Eine Personalfachstelle ist wichtig. Eine Human Resources-Abteilung, wie sie in der Privatwirtschaft heisst, erfüllt viele Aufgaben, die der Entlastung der Linienverantwortlichen und

Führungspersonen dient. Andererseits gewährleistet sie, was ebenso wichtig ist, die Gleichbehandlung der Mitarbeitenden. Mit einer Personalfachstelle und zufriedenen Personal kann die Fluktuationsrate tief gehalten werden, was das Knowhow verbessert und Einsparungen erzielt, da keine neuen Mitarbeitenden eingestellt und eingeführt werden müssen. Ein Personalfachmann beziehungsweise eine Personalfachfrau unterstützt die Linienverantwortlichen bei der Rekrutierung, der Auswahl, der Einführung, aber auch bei der Begleitung der Mitarbeitenden. Es bestehen in der Stadt Brugg nicht genügend Grundlagen wie Reglemente für die Weiterbildung, für Absenzen et cetera. All diese Dinge könnte eine solche Personalfachstelle aufgleisen. Ob dafür 60 oder 80 Stellenprozente notwendig sind, kann ich nicht beurteilen. Der Stadtrat ist der Ansicht, dass es 80 % benötigt. Wir werden dies unterstützen. Ich bitte den Rat, der Vorlage zuzustimmen und nicht die Haltung zu vertreten, dass halt irgendjemand anderes diese Aufgaben wahrnehmen soll, um die Kosten tief zu halten. Auf lange Frist betrachtet wird dies nämlich teurer sein.

Herr Markus Lang: Dieser Antrag zeigt ein Grundproblem, mit dem der Rat immer wieder konfrontiert ist. Der Rat muss über ein Geschäft befinden, das für jene, die nicht im HR-Bereich tätig sind, schwer durchschaubar ist. Auch wenn sich einige der Anwesenden im HR auskennen, die Mehrheit tut es nicht. Ob die Wünsche des Stadtrats im Personalwesen in dem Mass gerechtfertigt sind, wie es in der Vorlage geschildert wird, lässt sich ohne HR-Erfahrung schwer einschätzen. Der Rat ist abhängig von den stadträtlichen Informationen. Und diese Informationen sind zwangsläufig einseitig, schliesslich will der Stadtrat den Rat damit motivieren, den Vorlagen zuzustimmen. Aus diesem Grund muss sich aus Sicht der GLP etwas am Verfahren ändern.

Dennoch wird die GLP dem Antrag zustimmen, denn wir erwarten einen Mehrwert. Eine der ersten Aufgaben der Personalfachstelle muss die Entwicklung einer Personalstrategie sein, die auf klaren und nachvollziehbaren Kriterien beruht. Wir gehen davon aus, dass der Personalbestand nicht einfach parallel zum Bevölkerungswachstum verläuft, sondern dass mit zunehmender Grösse Synergieeffekte spielen. Dies ist aber aufzuzeigen. Liegt spätestens nach einem Jahr eine Personalentwicklungsstrategie vor, halten wir auch hier einen Kostendeckel für sinnvoll, unter dem sich die Personalentwicklung vollzieht. Der Rat muss dann nicht mehr über jede einzelne zusätzliche Stelle befinden, sondern nur über die Höhe des Kostendeckels. Das sollte die Zukunft sein.

Auch aus unserer Sicht läuft in Bezug auf die Kommunikation nach wie vor einiges schief. Es ist meiner Meinung nach nicht Aufgabe des Stadtrats, beispielsweise eine Homepage als wesentliches Element der Kommunikation neu zu gestalten. Es ist für uns nachvollziehbar, dass dafür Fachpersonen aus der Verwaltung beigezogen werden.

Herr Yves Gärtner: Ist es wirklich wahr, was dem Rat in diesem Bericht und Antrag präsentiert wird? Ich wage es kaum zu glauben. Es ist inakzeptabel, was auf Seite 2 unter Punkt 3.2 Handlungsbedarf zu lesen ist. Ich zitiere: «Ein für die Entwicklung einer Personalstrategie wichtiger Gesamtüberblick über die Mitarbeitenden ... fehlt weitgehend.» Ebenfalls auf Seite 2: «Es bestehen wenige allgemein gültige, verschriftlichte Vorgaben, an die sich die Mitarbeitenden und Vorgesetzten halten können.» Auf Seite 3 steht: «Ausserdem ist die Gleichbehandlung der Mitarbeitenden nicht sichergestellt.» Es geht noch weiter unter Punkt 3.3 Aufgaben und Nutzen einer Personalfachstelle. Zu den Aufgaben der Personalfachstelle, über die wir diskutieren, gehört das «Erstellen von Grundlegendokumenten (z. B. ... Spesenreglement ...)». Heisst das, die Stadt Brugg hat bisher kein Spesenreglement? Wenn ich dies über ein schlecht geführtes Unternehmen lesen würde, das gerade Konkurs anmelden musste, schriebe ich dies der fehlenden Führung zu. Aber bei der Stadt Brugg? Das ist schlicht und einfach unhaltbar. Oder in den Worten von Michel Indrizzi an der letzten Sitzung: «Ich wünschte mir auch, dass es ein konzeptionelles Personalmanagement gäbe.» und «Das Bevölkerungswachstum und die dadurch verursachte Mehrarbeit werden angeführt, die Anforderungen, die steigen und die Komplexität, die zunimmt. Das ist auch in einem Unternehmen so. Und auch dort muss man sich überlegen, wie damit umgegangen werden kann. Was kann ich tun, damit ich meine Mitarbeitenden nicht überfordere? Was kann ich tun, damit meine Mitarbeitenden die Motivation nicht verlieren?» Anders formulierte es Urs Keller: «Überforderte Mitarbeitende» - er sagte Polizistinnen und Polizisten – «sind nicht motiviert. Es kann zur Folge haben, dass sie den Job aufgeben und die Fluktuation ... steigt.» Zu ergänzen ist, dass auch Unklarheit und Ungerechtigkeit am Arbeitsplatz die Motivation zunichtemacht. Auch verursacht jeder Stellenwechsel hohe Kosten und bewirkt vorübergehend eine Verminderung der Arbeitsleistung, also einen Verlust der Effizienz. Urs Keller sprach im selben Votum ebenfalls von der Effizienz und dass dadurch Einsparungen möglich wären. Das sind die Zusammenhänge, die Stefan Baumann vorhin ansprach, die aber nicht alle sehen wollen.

Zum Thema Kommunikation sagte Titus Meier an der letzten Sitzung: «Es sollte aufgezeigt werden, woran Stadtrat und Verwaltung arbeiten ...» Miro Barp fragt in seiner Interpellation, die der Rat heute Abend noch behandelt: «Findet der Stadtrat nicht auch, dass Motionäre über Verzögerungen bei der Umsetzung ihrer Motionen ungefragt informiert werden sollten?» Patrick von Niederhäusern schreibt in seinem neuesten Postulat: «Dabei sollen Einwohnerrat und Öffentlichkeit regelmässig informiert werden.»

Braucht es noch weitere Argumente? Ich glaube nicht. Aber Zitate gäbe es noch viele. Was wir hier zu lesen erhalten haben zeigt auf, was in der Stadtverwaltung schon lange hätte gemacht werden müssen. Es ist richtig, wichtig und dringend, dass die Stadt Brugg hier auf ein akzeptables Niveau kommt. Ich sage nicht vorbildlich oder zukunftsweisend. Trotz-

dem möchte ich betonen, dass viel Arbeit dahinter steckt, das lässt sich nicht einfach von heute auf morgen erledigen.

Wir Grünen danken allen Beteiligten, die mitgeholfen haben und mithelfen, diese Unterlassungen der Vergangenheit zu korrigieren.

Die Grünen unterstützen diesen Antrag, wie auch den anschliessenden betreffend Zivilstandsamt. Ich hoffe sehr, dass Ihr Euch für die Abstimmung an die Kritik und die Appelle an den Stadtrat von Euch und Euren Parteikollegen erinnert und die ideologische Brille den Weitblick nicht ganz verhindert, sobald die Worte «Schaffung» und «Stellenprozente» in einem Antrag vorkommen.

Herr Michel Indrizzi: Immer wieder werden dem Rat Geschäfte vorgelegt, welche die Aufstockung von Stellenprozente oder die Schaffung neuer Stellen beinhalten. Dies, obwohl die Stadt seit Jahren ein betriebliches Defizit aufweist. Das heisst, sie verdient zu wenig aus dem Betrieb, sie lebt von den Finanzreserven. Irgendwann sind diese Finanzreserven auf dem Markt nicht mehr so lukrativ, was wir wahrscheinlich in den nächsten Monaten erleben dürften. Die Anlagen werden nicht mehr so viel Ertrag abwerfen. Obwohl dies bekannt ist, machen die Verantwortlichen munter weiter. Wie ist das zu rechtfertigen? Mit der Entnahme von Zitaten aus ihrem Kontext kann immer etwas für die eigene Argumentation zusammengestellt werden. Es ist nun einmal so, dass alles, was in einem Betrieb umgesetzt werden soll, finanziert werden muss. Auch ich will motivierte und nicht überlastete Mitarbeitende. Aber dies muss im Rahmen der vorhandenen Möglichkeiten erreicht werden, es können nicht immer zusätzliche Stellenprozente geschaffen werden. Es ist auch ein Trugschluss zu glauben, dass mehr Mitarbeitende eine Vereinfachung bringen. Im Gegenteil, die Komplexität steigt. Und durch diese Komplexitätssteigerung erhält man dann vielleicht nicht mehr das gewünschte Ergebnis – auf jeden Fall aber die höheren Kosten.

Mir fehlt immer noch ein konzeptionelles Personalmanagement. Stattdessen wird weiter Salamitaktik betrieben, hier benötigt es mehr Stellenprozente, da gibt es ein Problem, dort muss eine Stelle geschaffen werden. Es wird herumgeflickt, bevor man die Gesamtsituation analysiert hat. Dabei wäre dies doch eindeutig der erste Schritt. Die Strategie der Exekutive ist immer dieselbe: Man versucht die Bedürfnisse mit mehr Stellenprozente zu decken. Das ist auch eine Strategie, aber eine ziemlich konzeptlose und vor allem eine auf Dauer nicht finanzierbare. Die Wirtschaft kämpft seit Jahren. Sie muss ihre Hausaufgaben erledigen und schauen, wie eine Qualitäts- und Effizienzsteigerung erreicht werden kann, ohne dass der Personalbestand aufgestockt werden muss. Der Personalaufwand ist eine der grössten Ausgabenpositionen der Stadt. Die Wirtschaft versucht, einen Weg zu finden und mit den Bedingungen klar zu kommen. Die Verwaltung wählte einen anderen Weg. Wie sollen wir dies den Steuerzahlenden erklären? Der Rat ist in der Pflicht, er entscheidet über den Antrag. Es ist

dasselbe, wie wenn ein Geschäftsführer an den Verwaltungsrat gelangt mit der Bitte um Erlaubnis, ein Problem mit mehr Personal lösen zu dürfen. Es kann nicht sein, dass der Rat einfach Ja dazu sagt.

Die anstehenden Aufgaben werden nicht angepackt. Wenn argumentiert wird, dass es immer mehr Aufgaben gibt und diese immer komplexer werden, muss man sich fragen, ob die Komplexität in diesem Ausmass wirklich nötig ist. Ein Vorredner sagte, man müsse halt einmal anfangen, mit Aarau zu sprechen. Es muss nicht alles gemacht werden, was von Aarau verlangt wird. Was wird unternommen, um die Effizienz zu steigern? Wie können Verbesserungen erzielt werden? Der Rat bewilligt nicht nur Pensen, sondern auch Investitionen. Und das hat seinen Grund, denn die Investitionen sollen irgendwann zu einer Effizienzsteigerung führen.

Aus diesen Gründen wird die FDP den Antrag ablehnen und hofft, die Mehrheit des Rats folgt ihr.

Herr Titus Meier: Ich anerkenne durchaus, dass es Handlungsbedarf in den vom Stadtrat im Bericht aufgeführten Bereichen gibt. Allerdings habe ich einige Vorbehalte.

Ich bin etwas irritiert über den Ablauf dieser Geschäfte. Der Stadtrat entschied, das Anforderungsprofil für den neuen Stadtschreiber anzupassen, und gelangt einige Monate später mit einem Kreditantrag an den Rat. Wäre es nicht sinnvoller, mit dem Rat zu sprechen, bevor Entscheide gefällt werden, die Konsequenzen nach sich ziehen, denen der Rat dann zustimmen muss? Und warum gibt es jeweils im Oktober eine Budgetsitzung, wenn danach regelmässig Anträge gestellt werden, die das laufende Budget betreffen? Dass ein Investitionskredit ausserhalb des Budgets traktandiert wird, verstehe ich. Aber ein budgetrelevantes Geschäft, das wiederkehrende Kosten verursacht, muss aus meiner Sicht an der Budgetsitzung vorgebracht werden, damit es mit umfassender Kenntnis über die Finanzlage der Stadt beurteilt werden kann. In einem Monat wird der Rat das Budget 2021 beraten. Zurzeit kennen wir die Zahlen noch nicht, haben aber Hinweise darauf, dass es anders ausfallen wird als wir es uns gewohnt sind.

Vorhin wurde die Kommunikation angesprochen. Es geht nicht primär darum, dass die Stadt eine ansprechend gestaltete Homepage hat, auch wenn dies natürlich schön ist. Die Gestaltung der Homepage ist selbstverständlich nicht Aufgabe des Stadtrats. Zu entscheiden, was kommuniziert wird, ist seine Aufgabe. Und wenn der Stadtrat entscheidet, einen an den Einwohnerrat gerichteten Brief nicht weiterzuleiten, braucht es dafür keine Kommunikationsfachstelle.

Vorhin fiel das Stichwort «Einheit der Materie». Ich frage mich, ob bei dieser Vorlage, die einerseits eine Personalfachstelle und andererseits eine Aufstockung im Kommunikationsbe-

reich beantragt, die Einheit der Materie gewahrt ist? Müssten dies nicht zwei separate Anträge sein?

Und schliesslich: Wird es in den nächsten Sitzungen weitere Anträge dieser Art geben?

Frau Stadtmann Barbara Horlacher: Ich beginne mit der Frage nach der Einheit der Materie. Der Stadtrat beantragt gesamthaft 100 %, 80 % für die Schaffung der Personalfachstelle und 20 % für die Stärkung der Kommunikation. Diese Pensen sind bei der Stadtkanzlei angesiedelt. Damit sind die Vorgaben zur Einheit der Materie beziehungsweise für die Schaffung solcher Stellen befolgt. Es ist transparent ausgewiesen, wofür die Pensen eingesetzt werden sollen und mit welchen Kosten gerechnet wird.

Zur Frage, ob es in nächster Zeit weitere Stellenanträge geben wird. Der Stadtrat stellte in Aussicht, im Zusammenhang mit dem Finanzplan einen Stellenplan zu präsentieren. In diesem werden Angaben zu jenen Bereichen, in welchen der Stadtrat eine Notwendigkeit für künftige Stellenanträge sieht, enthalten sein. Dennoch wird jede Stelle erst vom Stadtrat und im Anschluss vom Einwohnerrat zu genehmigen sein.

Unter anderem zur Beantwortung von genau solchen Fragen soll die Personalfachstelle geschaffen werden. Sie soll sich um das konzentrierte Personalmanagement, die Planung, die Personalentwicklung, den Einsatz und die Weiterentwicklung von Mitarbeitenden für die künftige Aufgabenbewältigung kümmern, so dass der Stadtrat dem Rat Antworten geben und die Mittel möglichst effizient einsetzen kann. Das Thema der Effizienz wurde in verschiedenen Voten aufgebracht. Ich bin der Meinung, dass der Stadtrat in der Vorlage aufzeigte, dass er um Effizienz bemüht ist. Effizienz heisst nicht möglichst wenig Stellenprozent, sondern mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen die gestellten Aufgaben möglichst gut zu erledigen. Vor allem heisst es aber auch, zu entscheiden, welche Aufgaben erledigt werden sollen oder müssen und wie dies geschehen soll. Das ist strategische Führung und damit eine wichtige Aufgabe des Stadtrats, für die er immer wieder kritisiert wird und bei der er selbst Handlungsbedarf sieht. Mit dieser Vorlage zeigt der Stadtrat auf, wie es im Bereich der strategischen Führung weitergeht und wie der bestehende Handlungsbedarf angegangen wird.

Die CVP beantragt eine Reduktion der Personalfachstelle auf 60 %. Ich bitte den Rat, diesem Antrag nicht zu folgen. 60 % entspricht etwa dem, was heute bereits für Personalarbeit aufgewendet wird. 60 % geben dem Stadtrat zwar etwas Handlungsspielraum im Bereich Kommunikation und strategische Führung, wesentliche Verbesserungen im Bereich Personalmanagement sind damit aber nicht möglich. Die anstehenden weiterführenden Aufgaben wie Personalplanung und -entwicklung, das Erarbeiten von für die gesamte Stadtverwaltung geltenden Richtlinien und so weiter können damit nicht wie geplant angepackt werden. Auch unter Anwendung des gemäss Votum Willi Wengi in der Privatwirtschaft üblichen Personal-

quotienten von 0,7 sind wir aufgrund der Anzahl der Mitarbeitenden mit den beantragten 80 % im Rahmen. Der Antrag ist nicht überbordend, sondern moderat.

Es wurde gesagt, der Stadtrat beantrage immer wieder Stellen. Das stimmt, der Stadtrat beantragt von Zeit zu Zeit Stellen. Der Einwohnerrat gelangt aber auch immer mit neuen Aufgaben, Anforderungen und Erwartungen an den Stadtrat, die dieser erfüllen soll. Wenn der Stadtrat diese Aufgaben erledigen soll, braucht er dafür Ressourcen. Auch die SVP verlangte vom Stadtrat, dass er die Aufträge des Einwohnerrats umsetzt. Wir hörten bereits verschiedene Beispiele von solchen Aufträgen, Aufgaben und Forderungen, die an den Stadtrat gestellt wurden und nun schon seit längerer Zeit pendent sind, weil die Ressourcen für die Bearbeitung fehlen. Dies sorgt auch beim Stadtrat für Unbehagen. Der heutige Antrag gibt dem Stadtrat die Chance, den Handlungsspielraum und die Mittel, endlich dagegen angehen zu können.

Ich bitte den Rat noch einmal, dem Antrag des Stadtrats zu folgen.

Damit ist die Diskussion erschöpft.

Bei der Gegenüberstellung des Antrags des Stadtrats:

«Sie wollen eine Personalfachstelle mit einem Pensum von 80 % und Stellenprozent für die Kommunikation mit einem Pensum von 20 % auf den 1. Januar 2021 schaffen und dafür einen jährlichen wiederkehrenden Kredit von gegenwärtig Fr. 144'000.– sowie einmalige Kosten in der Höhe von Fr. 7'500.– bewilligen.»

und des Antrags der CVP:

«Sie wollen eine Personalfachstelle mit einem Pensum von 60 % und Stellenprozent für die Kommunikation mit einem Pensum von 20 % auf den 1. Januar 2021 schaffen und dafür einen jährlich wiederkehrenden Kredit von gegenwärtig Fr. 114'000.– sowie einmalige Kosten in der Höhe von Fr. 7'500.– bewilligen.»

obsiegt der Antrag der CVP mit 22 zu 20 Stimmen.

In der Schlussabstimmung wird dem Antrag der CVP:

«Sie wollen eine Personalfachstelle mit einem Pensum von 60 % und Stellenprozent für die Kommunikation mit einem Pensum von 20 % auf den 1. Januar 2021 schaffen und dafür einen jährlich wiederkehrenden Kredit von gegenwärtig Fr. 114'000.– sowie einmalige Kosten in der Höhe von Fr. 7'500.– bewilligen.»

mit 27 Ja zu 21 Nein zugestimmt.

## Traktandum 7: Erhöhung der Stellenpensen beim Regionalen Zivilstandsamt

---

Frau Stadtammann Barbara Horlacher: Das Regionale Zivilstandsamt Brugg (RAZ) ist seit der Zusammenlegung der drei Zivilstandskreise Birr, Schinznach Dorf und Brugg per 1. Januar 2014 für fast alle Gemeinden des Bezirks Brugg zuständig. Rund 51'000 Einwohnerinnen und Einwohner fallen damit in den Verantwortungsbereich des RZA Brugg.

Der Quervergleich mit anderen Zivilstandsämtern zeigt, dass das RZA Brugg mit den aktuell zur Verfügung stehenden 240 Stellenprozenten über verhältnismässig wenige Personalressourcen verfügt. Neben der hohen Belastung für die Mitarbeitenden und fehlenden Stellvertretungen bei Abwesenheiten wegen Ferien oder Krankheiten führt dies teilweise zu langen Wartezeiten für die Kundschaft. Ausserdem mussten bereits die Schalteröffnungszeiten sowie das Angebot für Trauungen in Lokalitäten ausserhalb der Stadt Brugg eingeschränkt werden.

Mit der beantragten moderaten Erhöhung um 40 % kann die Belastung der Mitarbeitenden reduziert und eine deutliche Steigerung der Dienstleistungsqualität für die Kundinnen und Kunden des RZA erreicht werden.

Im Namen des Stadtrats bitte ich den Rat, den vorliegenden Antrag zu genehmigen. Gerne schliesse ich mein Votum mit einem herzlichen Dank an Sandra Knus, seit 2014 Leiterin des Regionalen Zivilstandsamts, und an ihre engagierten, einsatzwilligen Mitarbeiterinnen.

Herr Pascal Ammann: Ich spreche im Namen der SP. Wir sprechen uns für die geplante Erhöhung der Stellenpensen aus, und zwar aus dem einen Grund, dass die Erhöhung schon lange notwendig ist. Ich frage mich schon, wie lange Mitarbeitende überlastet sein müssen, wenn aus der Vorlage ersichtlich ist, dass bereits 2014 die Überlastung zur Kenntnis genommen worden ist. Wie bereits erwähnt führte dies zu Einschränkungen bei der Terminvergabe und sogar zur Festlegung von Fixterminen für Trauungen. Ich kann mir gut vorstellen, dass es sich die Mitarbeiterinnen unter diesem Druck gut überlegen, ob sie im Sommer, wenn besonders viele Trauungen stattfinden, überhaupt Ferien nehmen können.

Die SP ist der Meinung, dass die abgebauten Dienstleistungen zwingend zum Service eines Regionalen Zivilstandsamts gehören. Der Betrag von rund Fr. 10'000.–, welcher der Stadt Brugg verrechnet wird, ist für den Finanzhaushalt verkraftbar. Wir bitten den Rat deshalb, der Erhöhung zuzustimmen, damit die betroffenen Mitarbeiterinnen endlich wieder ohne Überlastungen eingetragene Partnerschaften beurkunden, hoffentlich bald für alle Menschen Eheschliessungen vornehmen und alle weiteren Aufgaben zufriedenstellend erledigen können.

Herr Markus Lang: Es besteht hier dasselbe Problem wie bei den übrigen personellen Anträgen. Wir nehmen die Ausführungen des Stadtrats zur Kenntnis und gehen davon aus, dass die geschilderte Lage tatsächlich so dramatisch wie im Bericht formuliert ist. Inhaltlich vertieft überprüfen lässt sich dies nur mit Insiderwissen. Trotzdem stellt sich uns beispielsweise die Frage, ob eine Entschärfung durch eine verstärkte gegenseitige Vertretung mit den umliegenden Zivilstandsämtern – und nicht nur mit Mellingen – im Notfall möglich gewesen wäre. Die GLP knirscht mit den Zähnen und stimmt dem Antrag zu.

Herr Patrick von Niederhäusern: Ich spreche im Namen der SVP. Wir anerkennen eine gewisse Mindestbetriebsgrössen-Problematik. Andererseits unterliegen die Geschäfte des Zivilstandsamts in der Regel keinem sehr grossen Zeitdruck. Deshalb möchten wir vom Stadtrat wissen, wie flexibel der Arbeitseinsatz und die Zeiterfassung in diesem Bereich sind. Wir vermuten, dass eine saisonal unterschiedliche Belastung resultiert, die durch flexiblere Arbeitszeiten abgedeckt werden könnte.

Die SVP wird keinen weiteren Stellen zustimmen. Die Stadt muss endlich den Nettoverwaltungsaufwand in den Griff bekommen.

Frau Julia Geissmann: Ich spreche im Namen der CVP. Die Mehrheit der Fraktionsmitglieder ist der Ansicht, dass diese Stellenerhöhung notwendig und sinnvoll ist. Die Zivilstandsbeamtinnen haben ein vielfältiges Aufgabengebiet, das selten im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses steht. Ihre Arbeit wird aber sehr geschätzt. Die persönlichen Kontakte rund um die Eheschliessungen, die persönlich gestalteten Trauungsreden, die administrativen Arbeiten bei Geburten und Todesfällen oder auch die eher undankbaren und sprachlich oft schwierigen Aufgaben im Zusammenhang mit der Feststellung von Personendaten bei Einwandernden sind nur ein paar Beispiele für das Tätigkeitsfeld dieses Amtes.

Wenn das Angebot in dieser Form beibehalten werden soll, braucht es diese Stellenerhöhung.

Aber – und nun spreche ich in meinem eigenen Namen – die Kostensteigerungen sind enorm. Von Fr. 2.26 pro Einwohnerin und Einwohner im Budget 2020 auf Fr. 3.78 im Budget 2021. Das ergibt für die Stadt Brugg mit ihren rund 12'500 Einwohnerinnen und Einwohnern eine Steigerung von Fr. 28'000.– auf Fr. 47'000.–. Mit diesen wiederkehrenden Kosten gibt es aus meiner Sicht leider keinen echten Mehrwert für die Stadt und die Region.

Ich habe mich auch bei anderen Zivilstandsämtern erkundigt. In Baden beispielsweise werden Trauungen nur von Mittwochnachmittag bis Freitag und an 15 Samstagen pro Jahr durchgeführt. In Aarau sind Trauungen am Samstag gar nicht möglich. In Interlaken gibt es vier Samstage pro Jahr, an denen geheiratet werden kann, ausserdem ist die Reservation

des Trauungstermins nur gerade sechs Monate im Voraus möglich. Brugg steht vergleichsweise gut da. Man kann mit Ausnahme von Dienstagvormittag von Montag bis Freitag und an neun Samstagen pro Jahr heiraten. Die Heiratswilligen können den Termin schon ein Jahr im Voraus reservieren und den Anlass entsprechend planen.

Für mich wäre es die ehrlichere Variante, festzustellen, dass die Stadt aktuell nicht über die nötigen finanziellen Ressourcen für diese Stellenerhöhung verfügt und dafür eine Straffung des Angebots in Kauf zu nehmen.

Herr Willi Wengi: Ich spreche im Namen der FDP. Wir lehnen diesen Antrag auf zusätzliche Stellenprozentente beim Regionalen Zivilstandsamt ab. Die FDP bestreitet nicht, dass das Zivilstandsamt stark belastet ist und nicht immer den vollen Service bieten kann. Sie ist aber der Ansicht, dass die Aufgaben mit den bestehenden Stellenprozentente abgedeckt werden müssen. Die aufgeführten Argumente sind einleuchtend, aber die FDP ist der Ansicht, dass beispielsweise mit flexiblen Arbeitszeiten die im Frühjahr und im Sommer zu leistende Mehrarbeit im Winter kompensiert werden kann. Falls dies nicht reicht, kann der notwendige Bedarf durch eine Reduktion des Angebots auf das Wesentlichste mit den aktuellen Stellenprozentente gedeckt werden.

Ich habe zwei Fragen. Wie ist es mit den anderen am RZA beteiligten Gemeinden? Kommt auf sie ebenfalls eine Kostensteigerung zu? Hat man mit ihnen gesprochen? Sind sie einverstanden? Zudem werden drei Gemeinden im Bözital wegfallen. Ist das berücksichtigt worden?

Wir begrüßen, dass der Stadtrat zusammen mit der Finanzplanung eine Stellenplanung erstellen will, aus welcher der Rat entnehmen kann, was für Anträge für Erhöhungen des Personalbestands mittelfristig auf die Stadt zukommen. So können die Erhöhungen frühzeitig vorgesehen werden und die Diskussion muss nicht bei jeder Stelle wieder von vorne beginnen. Deshalb die Bitte an den Stadtrat, diese Planungsinstrumente bald vorzulegen.

Die FDP lehnt den Antrag ab und bittet den Rat, ihr zu folgen. Solange wir das Budget nicht kennen, wollen wir diese Erhöhung nicht bewilligen.

Frau Stadtammann Barbara Horlacher: Für das Budget des Regionalen Zivilstandsamt ist gemäss Vertrag der Stadtrat Brugg zuständig. Den Gemeinden werden jeweils rechtzeitig für ihren Budgetprozess die Pro-Kopf-Beiträge mitgeteilt. Über die geplante Stellenerhöhung wurden die Gemeinden vorgängig nicht informiert, ihnen wurde jedoch der Pro-Kopf-Beitrag ab 2021 mitgeteilt.

Die von Julia Geissmann erwähnte Kostensteigerung bei den Pro-Kopf-Beiträgen entsteht nur zum Teil aufgrund der geplanten Aufstockung um 40 %. Einen grösseren Einfluss hatte die Wiederbesetzung einer Stelle, eine jüngere Mitarbeiterin wurde durch eine erfahrenere

und ältere Mitarbeiterin ersetzt. Der Stellenmarkt ist im Zivilstandswesen sehr trocken, dennoch konnte eine qualifizierte, motivierte Mitarbeiterin rekrutiert werden. Wir sind überzeugt, dass uns eine gute Anstellung gelungen ist, die aber aus den erwähnten Gründen teurer ist als jene der ausgetretenen jungen Mitarbeiterin. Die Kosten der beantragten Aufstockung um 40 % liegen also praktisch im Schwankungsbereich dessen, was Personalmutationen verursachen können.

Dies spricht für möglichst stabile Verhältnisse und wenig Fluktuation auf dem Zivilstandsamt. Dies bedingt wiederum, dass die Mitarbeitenden nicht überlastet und die Arbeitsbedingungen so ausgestaltet sind, dass sie gerne längere Zeit bei der Stadt Brugg bleiben.

Das Thema der flexiblen Arbeitszeitgestaltung zum Auffangen der höheren Belastung in Spitzenzeiten wird in der Vorlage ausgeführt. Früher fanden tatsächlich im Frühjahr und im Sommer mehr Trauungen statt als im Herbst und im Winter. Die Mitarbeitenden glichen die Mehrarbeit des Sommers im Winter aus und bezogen dann ihre Ferien. Die Gesellschaft und ihre Bedürfnisse haben sich aber verändert, die Schwankungen sind viel weniger stark. Heute wird in allen Jahreszeiten geheiratet, und die Problematik lässt sich mit einer flexiblen Arbeitszeitgestaltung allein nicht mehr abfedern.

Was sieht das Angebot des RZA aus? Was wird den Einwohnerinnen und Einwohnern geboten? Wie oft, zu welchen Zeiten, an welchen Orten werden Trauungen vorgenommen? Wie lange muss man auf einen Termin, auf die Erledigung des Geschäftsfalls warten? Diese Fragen können wir uns stellen. Der Rat bestimmt die Antworten über die Ressourcengestaltung mit. Der Stadtrat ist überzeugt, dass die beantragte moderate Erhöhung bei den Mitarbeiterinnen zu einer Entlastung und zu mehr Zufriedenheit bei der Arbeit führt, dass sie aber vor allem auch dazu dient, die heutige Dienstleistungsqualität zu erhalten.

Wenn die Fusion im Bözental per Anfang 2022 umgesetzt wird, fallen Gemeinden weg und die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner im Zuständigkeitsbereich des Regionalen Zivilstandsamt wird kleiner. Es sind allerdings kleinere Gemeinden, und der Abgang wird durch das allgemeine Bevölkerungswachstum in kurzer Zeit wieder ausgeglichen sein.

Damit ist die Diskussion erschöpft.

In der Abstimmung wird der Antrag des Stadtrates:

«Sie wollen der Erhöhung der Stellenpensen für das Regionale Zivilstandsamt Brugg um 40 % zustimmen und dafür einen jährlichen wiederkehrenden Kredit von gegenwärtig Fr. 40'000.– bewilligen.»

mit 22 Ja zu 25 Nein abgelehnt.

## Traktandum 8: Bericht und Antrag betreffend Förderung der Bewegungs- und Sportmöglichkeiten

---

Herr Stadtrat Reto Wettstein: Am 19. Oktober 2018 überwies der Rat die Motion von Miro Barp und weiteren Unterzeichnenden betreffend Förderung der Bewegungs- und Sportmöglichkeiten der Brugger Bevölkerung, im Speziellen der Kinder und Jugendlichen. Der Motionsantrag lautete: «Der Stadtrat wird aufgefordert, dem Einwohnerrat Bericht und Antrag zu stellen, wie in Brugg genügend Bewegungs- und Sportmöglichkeiten gewährleistet werden können. ...» Im Anschluss fand ein Austausch über das weitere Vorgehen zur Beantwortung dieser weit gefassten Anfrage statt. Man einigte sich darauf, erst die Vereine und Sporttreibenden zu befragen. In den Frühjahrs- und Sommermonaten 2019 fand die Umfrage statt, auf die zahlreiche Rückmeldungen eingingen. Zwei Drittel der Antwortenden waren zufrieden beziehungsweise führten keine Mängel auf, ein Drittel stellte Mängel und fehlende Infrastrukturen fest. Für die Auswertung gliederten wir diese Meldungen in die in der Vorlage beschriebenen vier Kategorien A, B, C und D. Grundsätzlich wurden zwei grössere Problempunkte erkannt. Es sind dies die Turnhallensituation im Zentrum, die im Rahmen der Schulraumplanung näher analysiert wird, und die Fussball-Flächen im Au-Schachen. Aufgrund dieser Erkenntnisse möchte der Stadtrat eine Analyse zur Kapazitätsbemessung dieser Flächen in Auftrag geben. Sie umfasst die Bewirtschaftung, den Flächenbedarf und allfällige andere Platzvarianten wie beispielsweise ein Kunstrasenplatz. Der Stadtrat bittet den Rat, dieser Analyse mit einem finanziellen Aufwand von Fr. 11'000.– zuzustimmen und die Motion Miro Barp abzuschreiben.

Herr Miro Barp: Ich spreche im Namen der SVP. Zu Beginn möchte ich eine kleine Umfrage starten. Wer von den Einwohner- und Stadtrats-Mitgliedern ist ein Secondo? Der Bericht und Antrag des Stadtrats zur Motion betreffend Förderung der Bewegungs- und Sportmöglichkeiten liegt dem Rat mit einem Jahr Verzögerung vor. Der Stadtrat stützt seine Antwort zu einem grossen Teil auf eine online-Umfrage bei Brugger Sportvereinen und der Volksschule. Der Stadtrat wertete die Umfrage – und hier liegt das Problem – allerdings quantitativ und nicht qualitativ aus. Es bringt nichts, wenn der Nutzer rechnerisch im Durchschnitt zufrieden ist. Stellen wir uns vor, wir stehen mit einem Bein in 70 °C warmem Wasser und mit dem anderen in Eiswasser. Sind wir dann im Durchschnitt zufrieden? Wohl eher weniger. Der Stadtrat muss auf die Bedürfnisse der einzelnen Nutzer eintreten, und nicht auf den Durchschnitt. Ein gutes Beispiel ist im Bericht auf Seite 3: «Bilanz zur Frage «mehrheitliche Zufriedenheit»: ausgeglichen (8 grün, 9 rot)». Die Aussage des Stadtrats, dem FC Brugg

stunden für die Wintertrainings genügend Turnhallen zur Verfügung, ist schlicht falsch. Die Situation ist prekär, es wurde dem Stadtrat bereits mehrfach mitgeteilt, dass die Hallen nicht ausreichen. Auch von den Ratsmitgliedern wissen bestimmt viele, dass es nicht reicht. Drei Mannschaften müssen ihre Trainings extern absolvieren, entsprechend müssen teure Hallenmieten bezahlt werden. Es sind die Jungen im Übergang zum Erwachsenenalter, die A- und B-Junioren sowie die erste Mannschaft. Also genau diejenige Gruppe, die den Sport als Ausgleich und Ventil braucht. Dies sind auch die drei grössten Mannschaften, sie bestehen aus 20 bis 25 Aktiven. Mit dieser Mannschaft ein Training in der Halle zu gestalten, funktioniert einfach nicht. Wenn der Handballclub die Dreifachturnhalle in der Mülimatt benötigt, so reicht für das Fussballtraining die Hälfte. Aber für einen Match mit der ganzen Mannschaft reicht es nicht.

Während eines Drittels des Jahres kann der FC Brugg seinen Sport nicht ausüben. Es sind gesamthaft drei Monate und zwei Wochen, während denen der FC Brugg weder die Hallen noch die Spielfelder nutzen kann. Die Spielfelder können wegen Schneefall, Regen und so weiter nicht genutzt werden. Und ausserdem können sie wegen der Überbelastung des Rasens nicht bespielt werden. Der Rasen ginge kaputt und das Spielfeld müsste gesperrt werden, was die Situation weiter verschärfen würde, weil zu wenige Plätze vorhanden sind.

Der FC Brugg ist wohl der einzige Verein in Brugg, der meiner Meinung nach gezielt durch den Stadtrat diskriminiert wird. Das Ganze dauert schon derart lange, ich kann es nicht mehr anders benennen. Von wenig Sachverstand zeugt auch die Empfehlung des Stadtrats, die Rasenfläche der Schulen zu benutzen. Das geht nicht, die Plätze sind nicht ausreichend verdichtet. Zudem fehlt die einfachste Einrichtung wie eine Schuh-Waschanlage oder das ganze Material, nicht die Bälle, die wären einfach mitzubringen, sondern das restliche Material. Zudem könnten umliegende Bereiche wie beispielsweise eine Tartanbahn beim Begehen mit Stollenschuhen Schaden nehmen.

Die Infrastruktur in Brugg ist eindeutig schlechter als jene in vielen anderen kleineren Gemeinden und Städten. Baden, Villmergen, Mutschellen, Wohlen, Gränichen, Aarau, Suhr, Zofingen, Küttigen, Würenlingen, Lenzburg, Frick – sie alle haben einen Kunstrasenplatz, und es funktioniert. Es spart Platz, und die Jugendlichen können das ganze Jahr über trainieren. Gerade erst vor zwei oder drei Wochen hat die Einwohnergemeinde-Versammlung von Muri einem Kunstrasenplatz zugestimmt. In Baden hat der Einwohnerrat den Kunstrasenplatz vor 10 Jahren genehmigt – sie begannen nach Brugg mit der Planung, und der Beschluss lag ein halbes Jahr später vor.

Hätte der FC Brugg einen Kunstrasenplatz, könnte das ganze Jahr gespielt werden. Der Stadtrat hat in den letzten zehn, fünfzehn Jahren nicht verstanden, wie wichtig dies für die Kinder und Jugendlichen ist. Der Bericht und Antrag ist offensichtlich von einer Person verfasst worden, die sich mit Sport nicht auskennt und sich auch die Mühe, es zu verstehen,

nicht gemacht hat. Stattdessen soll der Rat Fr. 11'000.– ausgeben, um bekannte Bedürfnisse zu bestätigen und Berechnungen vorzunehmen, die bereits vorhanden sind. Das BASPO stellt verschiedene Dokumente zu Sportanlagen zur Verfügung, auch zu Kunststoffrasen. Damit lassen sich die Berechnungen einfach vornehmen. Wir haben das Konzept vor über 10 Jahren eingereicht, es kann immer noch verwendet werden. Der Stadtrat hat es mehrfach erhalten, es wurde gemeinsam besprochen, und jedes Mal fand er es gut. Auch bei der damals eingereichten Motion war der Stadtrat dabei und einverstanden damit. Das Resultat ist bekannt, deshalb stehe ich jetzt wieder hier.

Ich beantrage deshalb, den Betrag von Fr. 11'000.– für die Bedürfnisermittlung nicht zu bewilligen. Begründung: Im bereits erwähnten Konzept ist alles enthalten, die notwendigen Angaben können ihm entnommen werden. Für einige sind Fr. 11'000.– vielleicht nicht viel. Ich arbeite in der Pflege, für mich ist es viel. Das sind zwei Monatslöhne von Personen mit HF-Abschluss, nicht etwa von Hilfskräften. Und diese Personen haben Mühe, nebst all den anderen Ausgaben auch die Steuern zu bezahlen.

Die Motion sei nicht abzuschreiben. Begründung: Eigentlich wäre es naheliegend, die Motion abzuschreiben. Der Stadtrat ist offensichtlich nicht willens, sich ernsthaft mit der Thematik auseinanderzusetzen. Es geht um Kinder und um Jugendliche, vor allem die sozial benachteiligten. Es sind genau dieselben Kinder, für die der Rat vorhin iPads einstimmig genehmigte. Es sind genau diese Kinder, die den Rasen brauchen. 50 % bis 60 % der Mitglieder des FC Brugg weisen einen Migrationshintergrund auf. In Windisch sind es 60 % bis 70 %, und in Birr über 80 %. Diese Menschen dürfen nicht länger diskriminiert werden, man muss ihnen helfen und sie unterstützen. Und deshalb müssen wir buchstäblich weiterhin am Ball bleiben. Es geht nicht um uns. Es geht um die Kinder und die Jugendlichen. Für sie ist Fussball die wichtigste Nebensächlichkei der Welt. Das verstehen vielleicht nicht alle, aber für die Kleinen ist es einfach so. Und sie spielen lieber Fussball, als dass sie einen anderen Sport betreiben.

Ich fragte eingangs nach Secondos unter den Einwohner- und Stadträten. Wenn ich richtig zählte, sind es drei. Es sind 49 Mitglieder des Rats anwesend. Ist das ein Spiegel der Gesellschaft? Wir haben einen Ausländeranteil von bis zu 50 %. Hier im Saal sind es drei Personen. Wir müssen aufpassen, dass der Rat nicht ins Elitäre rutscht, wobei es mir dann nicht mehr wohl wäre.

Wo landen die Kinder, wenn wir ihnen das Fussballspielen verwehren? Entweder lungern sie am Bahnhof herum, oder, wenn sie älter sind, betrunken irgendwo in der Altstadt.

Deshalb bitte ich den Stadtrat eindringlich, dass er eine Perspektive auch für diese nicht-Privilegierten schafft.

Herr Willi Wengi: Ich war, zusammen mit Michel Indrizzi und Rita Boeck, Mitunterzeichner der Motion. Wir haben damals versucht, eine Motion Kunstrasen zu verhindern, weil wir der Meinung waren, es müsste eine ganzheitliche Betrachtung vorgenommen werden. Auch andere Vereine betreiben Jugendarbeit, deshalb muss das Gesamtbild betrachtet werden und deshalb gaben wir die Motion in dieser Form ein. Wir sind alle etwas enttäuscht, dass es so lange dauerte, bis der Bericht vorlag. Ebenfalls enttäuscht bin ich darüber, dass die Sportmöglichkeiten im neuen Stadtteil Schinznach-Bad nicht in die Beurteilung eingeflossen sind. Auch dort gibt es ein Fussballfeld und weitere Möglichkeiten. Dies müsste ergänzt werden. Die FDP spricht sich für den beantragten Kredit aus, der im Wesentlichen das notwendige Betriebskonzept im Schachen ermöglicht. Sie will jedoch die Motion vor Vorliegen dieses Konzepts nicht abschreiben. Mit dieser Motion strebten wir nicht nur einen Kunstrasen für den FC an, sondern eine breite Betrachtung. Die FDP schätzt die grosse Arbeit, die der FC im Bereich Jugendförderung und in den angesprochenen Themen leistet. Sie ist aber der Ansicht, dass der Fokus sehr stark auf dem FC liegt. Es gibt viele andere Vereine, die ebenfalls gute Jugendarbeit verrichten, auch nicht unbegrenzt Mittel zur Verfügung haben und jeden Tag schauen müssen, wo sie ihren Sport ausüben können. Zudem müssen in diesem Konzept die Möglichkeiten in Schinznach-Bad integriert sein. Aus diesen Gründen möchte die FDP die Motion nicht abschreiben.

Es steht Miro Barp frei, eine Motion Kunstrasen einzureichen. Dann stimmt der Rat ab, ob die Stadt über die für den Unterhalt notwendigen Millionen verfügt. Aber wenn der FC nicht bereit ist, auch in Schinznach-Bad oder in einer anderen benachbarten Ortschaft trainieren und spielen zu gehen und so Möglichkeiten zu haben, auch im Winter den Sport ausüben zu können, finde ich persönlich dies ziemlich dicke Post.

Die FDP ist für den Kredit, aber gegen die Abschreibung der Motion.

Frau Angelika Curti: Ich spreche im Namen der CVP. Die CVP dankt dem Stadtrat für die getätigten Abklärungen. Sie gibt ihm Recht, in und um Brugg gibt es viele Möglichkeiten, sich informell sportlich zu betätigen. Und diese Möglichkeiten stehen allen zur Verfügung, auch den Mädchen. Etwa 50 % der Bevölkerung sind nämlich Mädchen, ich weiss nicht, wie hoch deren Anteil im Fussballclub ist. Auf jeden Fall gibt es Sportmöglichkeiten für Junge und Alte, für kleine Kinder bis zu den Senioren, vom Vitaparcours – der im Bericht nicht erwähnt wird – bis zum Pumptrack und so weiter. Es gibt genügend Möglichkeiten, sich zu bewegen. Gleichzeitig möchte ich allen Sportvereinen danken für die wertvolle Arbeit, die sie leisten. Meine Kinder waren im Stadturnverein. Die Jugend- und Geräteturnriegen machen sehr gute Arbeit. Aber auch dem Fussballclub danke ich natürlich. Als ich vor 20 Jahren hierher zog, traute ich meinen Ohren nicht, als ich hörte, dass die Knaben im Winter nach Linn in die Mehrzweckturnhalle gefahren werden müssen. Mittlerweile hat Brugg eine Doppel-

Dreifachturnhalle. Ich sehe nicht ein, warum es nicht möglich ist, die Einteilung so zu gestalten, dass auch die Fussball-Junioren im Winter Platz finden. Zudem gibt es in und um Brugg viele Hallenfussball-Turniere, die ebenfalls immer im Winter stattfinden. Offenbar kann Fussball gut auch in der Halle gespielt werden. Soviel allgemein zum Thema Bewegung. Bei den Schlussfolgerungen zu den Abklärungen liest die CVP allerdings etwas anderes heraus als der Stadtrat. Wir lesen vor allem heraus, dass es an Material in den Geräteräumen der Turnhallen fehlt, was ebenfalls eine alte Geschichte ist. Das Material wird über das Schulbudget abgerechnet, dies müsste dort einfließen.

Warum es jetzt eine Bedarfsermittlung braucht, ist uns nicht ganz klar. Es liegt ja bereits ein Konzept vor, es ist bekannt, wie viele Mannschaften es sind, wann welche Mannschaft trainiert, wann sie Spiele haben, wie viele Spiele stattfinden und so weiter. Es ist mir ein Rätsel, warum dies nun noch einmal abgeklärt und Fr. 11'000 dafür aufgewendet werden müssen. Die CVP lehnt den Antrag des Stadtrats ab. Wir erachten es nicht für notwendig, den Bedarf noch einmal abzuklären. Gleichzeitig sind wir der Ansicht, dass die umfassende Beurteilung der Sportmöglichkeiten entsprechend dem Motionsantrag erfolgt ist, und werden die Motion abschreiben.

Herr Emanuel Heer: Ich spreche im Namen der SP. Die Fokussierung auf den FC Brugg wurde bereits erwähnt, darauf gehe ich nicht mehr ein. Der vorliegende Bericht ist gelinde ausgedrückt dürftig. Der Versuch, alles auf Rot und Grün einzudampfen ohne weitere Unterscheidungen zu treffen, funktioniert nicht wirklich. Eine Gewichtung nach der Vereinsgrösse ist nicht erkennbar. Auch die Betrachtung der eingesandten Rohdaten, die wir auf Anfrage erhielten, hilft nicht weiter. Aus diesem Grund muss der tatsächliche Bedarf an Bewegungs- und Sportmöglichkeiten professionell ermittelt werden. Die SP wird deshalb dem Kredit zustimmen, die Abschreibung der Motion aber ablehnen.

Frau Joya Süess: Ich spreche im Namen der EVP. Wir erachten eine detaillierte Bedarfsermittlung aus den bereits erwähnten Gründen als sinnvoll, und wir hoffen, dass die Ergebnisse in absehbarer Zeit vorgelegt werden. Dennoch wollen wir darauf hinweisen, dass die übrigen im Bericht aufgezeigten Bedürfnisse in Zukunft ebenfalls berücksichtigt werden. Es zeigten sich beispielsweise Engpässe beim Hallenbad. Deshalb werden wir der Abschreibung der Motion nicht zustimmen, damit die Weitsicht für die verschiedenen Sportarten bestehen bleibt.

Damit ist die Diskussion erschöpft.

In der Abstimmung wird dem Antrag 1 des Stadtrates:

«Sie wollen für die Erarbeitung einer Bedarfsermittlung für die Sportanlagen im Schachen und für die übrigen Rasenfelder einen Kredit von Fr. 11'000.– bewilligen.»

mit 27 Ja zu 19 Nein zugestimmt.

*--- Ein Mitglied des Rats verlässt den Saal, es sind noch 48 Mitglieder anwesend. ---*

Der Antrag 2:

«Sie wollen die Motion Miro Barp und weiterer Unterzeichnender betreffend Förderung der Bewegungs- und Sportmöglichkeiten der Brugger Bevölkerung, im Speziellen der Kinder und Jugendlichen, abschreiben.»

wird mit 11 Ja zu 35 Nein abgelehnt.

Die Präsidentin: Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit wird die Sitzung abgebrochen. Die verbleibenden Traktanden werden an der nächsten ordentlichen Sitzung behandelt.

Anlässlich der heutigen Sitzung hätte die Interpellation Miro Barp betreffend Stand der Umsetzung Motion zur Neugestaltung des Eingangsbereichs im Stadion Au vom 18. März 2018 beantwortet werden müssen. Ist der Interpellant einverstanden mit einer schriftlichen Beantwortung und der Gelegenheit, zu Beginn der nächsten Sitzung des Rats dazu Stellung nehmen zu können?

Herr Miro Barp: Ich bin mit diesem Vorgehen einverstanden.

Die Präsidentin gibt den Eingang folgender Vorstösse bekannt:

- Kleine Anfrage Julia Geissmann betreffend Simmengut-Park
- Postulat Barbara Geissmann betreffend Einführung einer öffentlichen Tagesschule
- Postulat Patrick von Niederhäusern betreffend Stellungnahme des Stadtrats zum Projekt OASE
- Kleine Anfrage André Schwarz betreffend Betrieb Bundesasylzentrum
- Kleine Anfrage Adriaan Kerkhoven betreffend nachhaltigem Umgang mit Gemeindevermögen
- Postulat Titus Meier betreffend Vernehmlassungsverfahren
- Postulat Titus Meier betreffend Prüfung einer Überbauung/Überquerung über die Bahngeleise

Die Präsidentin macht folgende Mitteilungen:

- Die nächste Sitzung des Rats findet am 23. Oktober 2020, wiederum im Campus-Saal, statt.

Herr Vizeammann Dr. Leo Geissmann: Vom 18. bis am 20. September 2020 finden in Brugg die Literaturtage statt. Sie sind ein Angebot der Stadt Brugg und im Budget enthalten. Sie finden alternierend mit der Partnerstadt Rottweil statt. Ein engagiertes Team der Literaturkommission bereitet die Tage jeweils vor, dieses Jahr unter erschwerten Umständen. Dennoch entschloss man sich, die Veranstaltung durchzuführen. Engagierte Personen aus dem Salzhaus und dem Odeon stellen den Betrieb sicher. Dieses Jahr besteht für alle Veranstaltungen eine Masken- und eine Ticketpflicht. Auf der Homepage der Brugger Literaturtage können Tickets für die Lesungen und Veranstaltungen reserviert werden.

Schluss der Sitzung: 22:30 Uhr

NAMENS DES EINWOHNERRATES

Die Präsidentin:



Der Aktuar:

